



Gedenkstätten Bundesbrief

- 3 Neugestaltung des ehemaligen »SS-Schießplatzes Hebertshausen«
Ort des Massenmordes an sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1942
Gabriele Hammermann
- 10 Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalistischen »Euthanasie«-Morde
Stefanie Endlich
- 22 Der Gedenkort Rummelsburg
Berliner Arbeitshaus und DDR-Gefängnis, 1879–1990
Thomas Irmer und Rainer E. Klemke
- 29 Das schwierige Erinnern an Opfer der nationalsozialistischen Patientenmorde:
Das Beispiel der getöteten Kinder im Wiesengrund
Sabine Hillebrecht
- 39 Die Gedenkstätte »Perm-36« in Russland.
Solidarität mit einem bedrohten Ort der Erinnerung an Gulag
und politische Repressionen
Daniel Seifert
- 51 Die Vermittlung des Themas Täterschaft an KZ-Gedenkstätten –
Erfahrungen und Modelle, Teil 2
Ines Brachmann
- 64 Veranstaltungshinweise
- 68 Literaturhinweise

Rundbrief Nr. 177

Der retuschierte Reichstag
Dirk Stolper

Über den Schicksalsbegriff und warum er in der Holocaust-Forschung
und -Pädagogik so unangebracht ist
Bastian Fleermann

Titel: Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen
»Euthanasie«-Morde in der Berliner Tiergartenstraße.
Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefanie Endlich in diesem Heft.
Abbildung: Stefanie Endlich

Neugestaltung des ehemaligen »SS-Schießplatzes Hebertshausen«

ORT DES MASSENMORDES

AN SOWJETISCHEN KRIEGSGEFANGENEN 1941-1942

Gabriele Hammermann

Die Kriegsgefangenschaft sowjetischer Soldaten und Offiziere und die damit verbundenen Verbrechen gehören immer noch zu weißen Flecken der deutschen Erinnerungskultur. 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee gerieten ab 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft. Davon starben über drei Millionen durch Hunger, Folter, Mord und in Folge der katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Im Zuge des Ost-West-Konfliktes geriet dieses Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Vergessenheit. Im antikommunistischen Konsens des Kalten Krieges wurde ihre Geschichte in der Bundesrepublik ausgeblendet und verdrängt. Die beiden Wehrmachtsausstellungen, die von 1995 bis 2004 in vielen deutschen Städten zu sehen waren, zeigten anhand von Privatfotos die alltägliche Realität des Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieges der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion. Trotz massiver Widerstände lösten sie in der deutschen Gesellschaft einen erinnerungskulturellen Wandel aus. Die Legende der »sauberen Wehrmacht« wurde zumindest infrage gestellt. Doch führte die Beschäftigung mit der Tat nicht zu einer angemessenen Wahrnehmung gegenüber den Opfern.

Diese Geschichtsvergessenheit zeigte sich über viele Jahre auch am Beispiel des ehemaligen »SS-Schießplatzes Hebertshausen«, der von 1941 bis 1942 einer der zentralen Exekutionsorte für sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet war. Von September 1941 bis Juni 1942 hatten Angehörige des Kommandanturstabes mit größter Brutalität über 4000 sowjetische Kriegsgefangene vor den Kugelfängen des MG- und Pistolenschießstandes ermordet. Zuvor hatten Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht gegen geltendes Völkerrecht und auf der Basis der Einsatzbefehle Nr. 8 und Nr. 9 in den Kriegsgefangenenlagern des Reichsgebietes 33000 ideologisch als gefährlich angesehene Offiziere, Juden, kommunistische Funktionäre, Kommissare der Roten Armee, Intellektuelle, Angehörige der Grenztruppen und willkürlich ausgewählte Gefangene – wie es verharmlosend in den Dokumenten heißt – zur Ermordung »ausgesondert«. Die selektierten sowjetischen Armeemitglieder wurden aus dem Kompetenzbereich der Wehrmacht entlassen und der Gestapo übergeben.¹

Die nach Dachau transportierten sowjetischen Kriegsgefangenen kamen aus den Wehrkreisen V (Stuttgart), VII (München), XII (Wiesbaden), XIII (Nürnberg) und XVIII (Salzburg).² Die beteiligten Wehrmachtseinrichtungen, das heißt Wehrmachtsleitung, Kommandeure des Kriegsgefangenenwesens sowie die Lagerkommandanten unterstützten nahezu ausnahmslos dieses völkerrechtswidrige Vorgehen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), der Staatspolizeileitstellen und der Einsatzkommandos. Nur allzu bereitwillig beteiligten sie sich an dem von Antisemitismus, Antislawismus und Antikommunismus geprägten nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der sich in den deutschen Kriegsgefangenenlagern fortsetzte.³

Der überwiegende Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen wurde unmittelbar nach der Ankunft in Dachau getötet. Die ersten Erschießungen fanden im Hof des Lagergefängnisses statt, dem zentralen Ort von Exekutionen, Folter und Strafen im KZ Dachau. Ab Oktober 1941 verlegte die SS die Mordaktionen auf den »SS-Schießplatz Hebertshausen«. Die SS transportierte die Menschen auf Lastwagen zum Schießplatz, zwang sie, sich zu entkleiden und in Fünferreihen in der rechten Schießbahn aufzustellen. Nackt der Witterung ausgesetzt erfassten die Wartenden schnell, was ihnen bevorstand. Mitunter kam es zu Tumulten, die die SS-Bewacher mit äußerster Brutalität und Waffengewalt niederschlugen. Der Wehrmichtsangehörige und Dolmetscher Josef Thora gab 1950 in einem Ermittlungsverfahren zu Protokoll: »Die Kriegsgefangenen merkten in dem Zeitpunkt, wo sie sich entkleiden mussten, was mit ihnen geschehen sollte. Eine Anzahl führte den Befehl schweigend aus und stand wie gelähmt dort, andere sträubten sich, fingen an zu weinen und zu schreien und riefen vor allem nach mir als Dolmetscher. Ich sollte den SS-Leuten verdeutschen, dass sie Gegner des Bolschewismus, dass sie Mitglieder der russischen Kirche seien. Zum Beweis dafür zeigten sie mir das auf ihrer Brust hängende russische Kreuz.«⁴ SS-Männer postierten sich auf den Wällen, um Fluchtversuche der verzweifelten Opfer zu verhindern. Die Gefangenen wurden im Laufschrift in die linke Schießflucht getrieben, dort mit stählernen Handschellen an fünf Pfähle gekettet und erschossen. Die Leichen wurden zumeist im Krematorium des KZ Dachau verbrannt.

Nach Kriegsende wurde der Ort weiter genutzt und seine Erinnerung überschrieben: Das Wirtschaftsgebäude diente als Flüchtlingsunterkunft, auf dem Schießplatz führten US-amerikanische Truppen militärische Übungen durch. 1964 errichtete die »Lagergemeinschaft Dachau«, der Verband der ehemaligen, zumeist kommunistischen Häftlinge einen von dem Bildhauer Will Elfes gestalteten Gedenkstein in der unmittelbaren Nähe des früheren Hinrichtungsortes. Doch das Gelände verwilderte, die baulichen Überreste verfielen und die Verbrechen gerieten weitgehend in Vergessenheit. 1977 erfolgte die Versetzung des Denkmals an den Parkplatz, wodurch der Bezug zum historischen Ort verloren ging. Viele Jahrzehnte sorgten vor allem bürgerschaftlich verfasste Initiativen und Geschichtsvereine dafür, dass das Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen nicht in Vergessenheit geriet. 1985 begann u.a. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes im Anschluss an die Befreiungsfeier, Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die ermordeten sowjetischen Soldaten zu organisieren. Seit den 1990er-Jahren veranstaltet der Förderverein für internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Kooperation mit den Generalkonsulaten Russlands, Weißrusslands und der Ukraine am 22. Juni, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Gedenkfeiern auf dem ehemaligen Schießplatz. Als der Ort 1998 Teil der Gedenkstätte Dachau wurde, konnten im Zuge der Neugestaltung die einsturzgefährdeten Betonbauwerke der Kugelfänge vor dem Verfall gerettet, der Gedenkstein an seinen ursprünglichen Standort zurückversetzt und erste Informationstafeln aufgestellt werden. Im Jahre 2001 äußerte die russische diplomatische Vertretung den Wunsch, am 60. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion einen Gedenkstein für die ermordeten Kriegsgefangenen zu errichten. Im Zuge dessen wurden im Frühjahr und Herbst 2001 archäologische Grabungen in Auftrag gegeben. Es gelang erstmals, den Tatort genau zu lokalisieren und die bisherigen Erkenntnisse der historischen Forschung, die sich auf Prozessunterlagen, Pläne, Fotos und Zeugenaussagen stützten, zu



Außenausstellung.
Alle Fotos: KZ-Gedenk-
stätte Dachau

verifizieren. Neben Patronenhülsen, Projektilen und Knochenfragmenten wurden hierbei auch Reste von Handschellen gefunden, mit denen die SS die Opfer an die Exekutionspfähle angeschlossen hatte. Am 22. Juni 2011, dem 70. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion, wurden in einer feierlichen Zeremonie in Anwesenheit von Vertretern der Weltreligionen die aufgefundenen menschlichen Überreste der unbekanntensowjetischen Kriegsgefangenen vor dem zentralen Denkmal bestattet. Eine ebenerdige Grabplatte mit deutscher und russischer Inschrift markiert seitdem die Grabstätte.

Neugestaltung

Nach mehrjähriger Projektphase hat die KZ-Gedenkstätte Dachau am 2. Mai 2014 den neu gestalteten Gedenkort am ehemaligen »SS-Schießplatz Hebertshausen« eröffnet. Die Projektkosten von 800 000 Euro trugen jeweils zur Hälfte die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien und der Freistaat Bayern. Eine Außenausstellung schildert die historischen Zusammenhänge des Verbrechens und die Nachkriegsgeschichte des Erinnerungsortes. In einer künstlerischen Installation, die sich auf den früheren Tatort bezieht, finden sich die bislang bekannten Namen der Ermordeten. Erstmals erinnert dieser Gedenkort mit einer ständigen Ausstellung an den Verbrechenskomplex des Massenmordes an sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschen Konzentrationslagern, dem insgesamt etwa 33 000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Im Zuge der Umgestaltung wurden die historischen Relikte und das Gelände zum zentralen Exponat. Daher galten in enger Abstimmung mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege die Prinzipien, die der wissenschaftliche Beirat bereits für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau festgelegt hat:

- Die Gestaltung sollte historische Spuren sichtbar machen.
- Angesichts des hohen Denkmalwertes galt es Inszenierungen, Rekonstruktionen und architektonische Überformungen zu vermeiden.
- Die Gestaltung sollte dementsprechend zurückhaltend sein.
- Die Materialwahl für Bodenmarkierungen und Ausstellungselemente sollte unzwei-



Gedenkinstallation
»Ort der Namen«

deutig sein. Eingriffe in die historische Substanz müssen klar gekennzeichnet vom »authentischen« Bestand abgesetzt werden und nach Möglichkeit reversibel sein. Gemäß der von Georg Dehio im Jahr 1901 postulierten und in der heutigen Denkmalpflege noch immer gültigen Forderung sollte das Bodendenkmal als Quelle und Dokument mit allen Zeitschichten wahrgenommen werden.

Die landschaftsarchitektonische Gestaltung folgte den Vorgaben des Denkmalschutzes entsprechend einem archäologisch-dokumentierenden Ansatz. Das gesamte fast neun Hektar große Gelände, das einer verwilderten, romantischen Parklandschaft ähnelte, wurde sukzessive von Bewuchs befreit, um die Strukturen und Funktionsbereiche des ehemaligen Schießplatzes wieder lesbar, die Morphologie des Geländes erfahrbar sowie die von langen Schießbahnen geprägte Anlage in ihren Dimensionen und in ihren topografischen Konturen wieder wahrnehmbar zu machen. Lediglich die unter Naturschutz stehenden Bäume blieben erhalten. Die Anlage des Schießplatzes symbolisierte durch seine axiale Struktur und die auf das zentrale Wirtschaftsgebäude ausgerichteten Wegebeziehungen den nationalsozialistischen Herrschaftsanspruch. Die beiden zentralen historischen Achsen des Wegesystems wurden im Rahmen archäologischer Suchgrabungen freigelegt und in einer wassergebundenen Bauweise in der ursprünglichen Breite ergänzt. Ein neu angelegter Rundweg ermöglicht es dem Besucher, die Topografie und die Dimension des früheren Schießplatzes zu erfassen. Von einer erhöhten Position blickt der Besucher zudem in Richtung des etwa zwei Kilometer entfernten, früheren Konzentrationslagers. Auf diese Weise können die engen strukturellen Zusammenhänge zwischen Lager und Schießplatz inhaltlich und räumlich verortet werden. Die Wiesenflächen wurden der ursprünglichen Vegetationsform des Standortes entsprechend sukzessive zu Magerrasen zurückentwickelt. Die aus der Nachkriegszeit stammenden geringfügigen Überformungen und Nutzungsebenen wurden nicht beseitigt, sondern in die Neugestaltung des Ortes integriert.

Das Zusammentreffen des Längs- und Querweges markiert den Eingang zum Zentrum des Gedenkortes, dem inneren memorialen Bereich, dem ehemaligen Hin-



Gedenkinstallation
»Ort der Namen«

richtungsort für mehr als 4000 sowjetische Kriegsgefangene. Stahlbänder mit einer dreisprachigen Beschriftung verweisen auf die unmittelbaren Sachzeugnisse des Verbrechens: auf den bei archäologischen Grabungen zutage getretenen ehemaligen Bretterzaun, der für die eingeschlossenen Opfer jede Flucht unmöglich machte sowie auf die Relikte des Tors und des früheren Sarglagers. Die unmittelbaren Tatorte in den beiden Schießfluchten wurden nicht angetastet. Das Konzept zur Landschaftsgestaltung erarbeitete das Münchner Büro Keller – Damm – Roser, Landschaftsarchitekten Stadtplaner GmbH. Die Projektsteuerung aller Baumaßnahmen oblag dem Staatlichen Bauamt Freising.

Das gestalterische Konzept des Berliner Architekten Martin Bennis und des Stuttgarter Grafikers Berthold Weidner setzte die Open-Air-Ausstellung räumlich bewusst von der Installation zum namentlichen Gedenken an die ermordeten Opfer ab. So liegt rechts der zentralen Wegeachse eine Außenausstellung, die in russischer, deutscher und englischer Sprache verfasst ist. Sie informiert auf etwa 20 transluziden Tafeln über die konkrete Geschichte des Massenmordes vor Ort, über den historischen Kontext des Verbrechens wie auch über die Nachgeschichte des Ortes nach 1945. Sie gliedert sich in die Abschnitte: »Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion«, »Kriegsgefangenenlager und Selektionen«, »Die Rolle der Wehrmacht«, »Der Massenmord auf dem SS-Schießplatz Hebertshausen«, »Die Bevölkerung«, »Die Täter des KZ Dachau – Eine Gruppenbiografie«, »Hinrichtungen von Verurteilten der SS- und Polizeigerichte« und »Der Gedenkort zwischen Vergessen und Erinnern«. Im Zentrum stehen die Biografien der Ermordeten Lew Michajlowitsch Kamionko, Wasilij Nikolaewitsch Sibrin, Moisej Beniaminowitsch Temkin und Mustakim Mustafewitsch Bajbulatow. Weitere Biografien werden gerade erarbeitet. Den Recherchen des Ausstellungsteams, bestehend aus Dr. Andrea Riedle (Projektkoordinatorin), Anja Deutsch, Dr. Reinhard Otto, Lukas Schretter, Tatjana Szekely und Dr. Dirk Riedel ist es zu verdanken, dass zahlreiche bislang unbekannte Fotos, Dokumente, Pläne und Zeichnungen gezeigt werden können, die sich in Archiven, Museen und Gedenkstätten in Deutschland, Russland, Belarus und der Ukraine fanden. In einigen Fällen ist es nach intensiven Forschungen gelungen,

Angehörige des auf dem »SS-Schießplatz Hebertshausen« ermordeten Mustakim Mustafewitsch Bajbulatow



Fotos des ermordeten Mustakim Mustafewitsch Bajbulatow

Angehörige der Ermordeten aufzuspüren, die der Gedenkstätte Bilder aus ihren privaten Fotoalben zur Verfügung stellten. Aus diesem Grund entwickelte Berthold Weidner die Idee, der Grafik der Biografiestelen eine eigene, an Familienalben angelehnte, gestalterische Form zu geben. Wie alle Ausstellungstafeln sind die Stelen in Sichtbeziehung zu den jeweiligen historischen Orten ausgerichtet, mithin die Biografien der Ermordeten in Ausrichtung zu dem ehemaligen Hinrichtungsort.

Links der zentralen Wegeachse, in der Verlängerung der Schießbahn, in der die sowjetischen Kriegsgefangenen auf ihren Tod warten mussten, findet sich die Gedenkinstallation »Ort der Namen«, die der bisherigen Anonymität der Opfer ein Ende setzt. Sie ist eines der wenigen Mahnmale für diese Opfergruppe im öffentlichen Raum und sie nimmt unmittelbar auf das historische Tatgeschehen Bezug. Die Gestalter beabsichtigten »am historischen Tatort Hebertshausen den Ort mit der Tat zu konfrontieren«. ⁵ Für die Bodeninstallation wurde ein künstlerisch-dokumentierender Ansatz gewählt, um an die über 4000 Ermordeten zu erinnern. Auf einer ebenerdigen Plattform, die 40 Meter lang und 6 Meter breit ist und sich aus dem Platzbedarf für die Nennung aller Opfer ergibt, zeichnen sich korrespondierend zur Anzahl der Hinrichtungspfähle fünf Fundamentstreifen im Boden ab. Darauf finden sich die Namen der Kriegsgefangenen in kyrillischer und lateinischer Schrift sowie die Geburts- und Sterbedaten der Opfer auf stahlgefassten Glasbändern.

Bei der Ausstellungseröffnung am 2. Mai 2014 wurden etwa 800 Namen der Öffentlichkeit übergeben, weitere werden je nach Forschungsstand ergänzt. Es ist davon auszugehen, dass im Zuge der Recherchen 1500 bis 2000 Namen eruiert werden können. Die Lücken zwischen den Schriftbändern symbolisieren hingegen die große Zahl der namenlosen Opfer, deren Identität trotz intensiver Bemühungen wohl immer unbe-

kannt bleiben wird. Die horizontale, ästhetisch zurückhaltende Ausrichtung des Memorials nimmt Rücksicht auf den historischen Ort und setzt sich in seiner Formensprache von monumentalen Kriegsgräberstätten und Opferdenkmälern ab.

Im Rahmen eines umfangreichen Forschungsprojektes ist es nun gelungen, einem Teil der bislang anonymen Opfer ihre Namen wieder zurückzugeben. Das Reichssicherheitshauptamt hatte befohlen, die an die Konzentrationslager ausgelieferten sowjetischen Kriegsgefangenen nicht in der Lagerkartei zu registrieren. Eine der wenigen Spuren war die Erfassung der Nummern ihrer Erkennungsmarken. Nach langjährigen Recherchen von Dr. Reinhard Otto und Tatiana Szekely konnte durch die Akten der ehemaligen Wehrmachtsauskunftsstelle (WASSt) im Zentralen Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Podolsk (CAMO) und auf der Internetseite OBD Memorial einem beträchtlichen Teil der bislang namenlosen Opfer dieses in Hebertshausen begangenen Verbrechens seine Identität zurückgegeben werden. In verschiedenen russischen Internetforen, in denen sich geschichtlich Interessierte, Archivare sowie Museums- und Gedenkstättenexperten austauschen, fanden sich schließlich Hinweise auf Angehörige, die oft lebenslang nach ihren Verstorbenen gesucht hatten. Weitere Familien der Ermordeten meldeten sich nach einem, Anfang 2014 auf Vermittlung des Referenten der Geschäftsstelle Osteuropa des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Viktor Muchin veröffentlichten Artikels über das Ausstellungsprojekt in der Komsomolskaja Prawda.

Zu der Ausstellungseröffnung reisten – eingeladen von der Gedenkstätte – 25 Angehörige an. Viele sahen sich nicht mehr in der Lage zu kommen, wie die inzwischen 94-jährige Gudkowa Elwira Pawlowna aus Nischnij Nowgorod, deren Vater Pawel Sorokin auf dem »SS-Schießplatz Hebertshausen« ermordet worden war. Die Gedenkrede hielt Benjamin Temkin, der Sohn von Moisej Wenjaminowitsch Temkin, dem einzigen, bislang bekannten Überlebenden der Mordaktionen auf dem »SS-Schießplatz Hebertshausen«. Nach einer oft jahrzehntelangen Suche haben die Angehörigen schmerzvolle Gewissheit, aber auch einen Ort zum Trauern gefunden. Mit dieser Neugestaltung verband sich für die Gedenkstätte also nicht nur ein Wunsch nach Aufklärung, sondern ebenso ein humanitäres Anliegen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser neu gestaltete Gedenkort Hebertshausen einen Beitrag dazu leisten kann, offizielle Geschichtsbilder durch historische Aufklärung zu hinterfragen, einen Austausch der Perspektiven auf die höchst unterschiedliche Kriegsvergangenheit anzuregen und die verschiedenen Erinnerungskulturen einander näherzubringen.

Dr. Gabriele Hammermann ist Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau und war Projektleiterin der Neugestaltung des Gedenkortes ehemaliger »SS-Schießplatz Heberthausen«.

- 1 Reinhard Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998. StA M, St.anw., 34.871/3, Bl. 206: Beglaubigte Abschrift Josef Thora, 13. 10. 1950; KZ-Gedenkstätte Dachau, Archiv (DaA), 37.144: Vernehmung Josef Thora, 20. 10. 1950; Otto, Wehrmacht, S. 49.
- 2 Otto, Wehrmacht, S. 267; StA N, KV Anklagedokument, R 178, Teil 2, Bl. 292–308: Stapo M, an den Kommandanten des Stalag VII A, 24. 2. 1942.
- 3 Otto, Wehrmacht, S. 76; Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: Martin Broszat/Hans Buchheim/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick (Hrsg.), Anatomie des SS-Staates. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, München 1982, S. 261 f.
- 4 DaA, 37.144: Vernehmung Josef Thora, 20. 10. 1950, S. 3.
- 5 Martin Bennis, Erläuterung zur »Installation der Namen, 29. 4. 2014.

Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalistischen »Euthanasie«-Morde

Stefanie Endlich

Der neue Ort

Auf der Freifläche zwischen der Berliner Philharmonie und dem Südrand des Tiergartens ist am 2. September 2014, ein Jahr nach dem Gestaltungswettbewerb, der vom Parlament beschlossene Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde realisiert worden (zur Vorgeschichte und zum Wettbewerb siehe GedenkstättenRundbrief Nr. 170, 6/2013). Als Einziger unter den nationalen Erinnerungsstätten für NS-Opfer befindet er sich an einem Ort, dessen Geschichte unmittelbar mit dem Thema verbunden ist. Hier stand bis zum Abriss zu Beginn der 1950er-Jahre jene Villa, in der 1940 die Mordbürokratie ihr Quartier bezogen hatte. Zur Einweihung am 2. September 2014 kamen überraschend viele Menschen. Im Foyer der Philharmonie redeten Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, Klaus Wowereit, noch bis Dezember Regierender Bürgermeister von Berlin, und Peter Funke, Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Sigrid Falkenstein, Initiatorin des »Runden Tisches T4«, sprach über ihre in der Gaskammer von Grafeneck ermordete Tante Anna Lehnkering, der Autor Hartmut Traub über seinen in Hadamar ermordeten Onkel Benjamin Traub, zwei von 70 000 Lebenswegen, die durch die erste »offizielle« Mordaktion 1940/41 gewaltsam beendet wurden.

Im Bundestagsbeschluss vom November 2011 war eine halbe Million Euro für den neuen Gedenkort vorgesehen. Tatsächlich erwies sich das Projekt in der Umsetzungsphase teurer als geplant, aber der Bund konnte von der Notwendigkeit weiterer Mittel überzeugt werden. Das Land Berlin stellte das Grundstück zur Verfügung und engagierte sich mit 10 000 Euro bei den Medienstationen. So ergab sich ein Gesamtbetrag von 610 000 Euro. Hinzu kamen 320 000 Euro aus Investitionsmitteln des Landes Berlin für das unmittelbare Umfeld im Rahmen der Umgestaltung der Freiflächen des Kulturforums.

Weithin sichtbar von allen Richtungen, vor allem von der Tiergartenstraße aus, ist die blaue, transparente Glaswand, leicht schräg gesetzt zum Konzerthaus mit seinem zeltartig geschwungenen Dach und seiner goldgelben Fassade. Die Wand ist 24 Meter lang, 2,60 Meter hoch und besteht aus zehn einzelnen Glasscheiben, deren Sequenz in einen schmalen, silbern glänzenden Rahmen eingefasst und in eine Bodenschiene aus Stahl eingespannt ist. Der blaue Farbton wird bei Sonne und bei Regen, im Tages- und im Abendlicht unterschiedlich wahrgenommen. Die Glaswand ist die zentrale Dominante von drei parallel zueinander angeordneten Elementen: ein lang gestrecktes Pult als Informationsträger für die Open-Air-Ausstellung und, gewissermaßen auf der Rückseite der Glaswand als Rahmung des Raums, eine Sitzbank aus Beton als Ruhebereich.

Die Bodenfläche des Gedenkortes, insgesamt 775 Quadratmeter, hat die Form eines Parallelogramms und besteht aus anthrazitfarbenen Betonpflastersteinen. Sie wird an der Westseite vom Informationspult, an der Ostseite von der Bank eingefasst, ist zur Mitte hin kaum spürbar geneigt; sie deutet die Lage des ehemaligen Grundstücks Tier-



Der Historiker Gerrit Hohendorf (links) gibt Staatsministerin Grütters und Bürgermeister Wowereit Erläuterungen zur Ausstellung; hinter den beiden Amtsträgern DFG-Vizepräsident Peter Funke.
Foto: Stefanie Endlich

gartenstraße 4 an. Die Ränder der Bodenfläche orientieren sich an der Figuration der historischen Parzelle. Die Glaswand hingegen nimmt weder die Grundstücksrichtung noch den Villengrundriss auf, sondern ist absichtsvoll leicht schräg positioniert. Wenn die Besucherinnen und Besucher die Blicke vom Informationspult heben, sehen sie sich selbst im Spiegel.

Das künstlerische Konzept

»Gegenüber« haben die drei Gestalter ihr Projekt genannt. Das Team der Architektin Ursula Wilms mit dem bildenden Künstler Nikolaus Koliushis und dem Landschaftsarchitekten Heinz W. Hallmann hatte sich im Wettbewerb der Berliner Senatskulturverwaltung gegen 27 Mitbewerber durchgesetzt und den ersten Preis mit der Ausführungsempfehlung erhalten. Ihr Konzept umfasst nicht nur das visuelle Herzstück des Gedenkortes, die Glaswand mit den Ausstellungselementen, sondern auch die grafische Gestaltung der Sichtbarkeits- und Vertiefungsebenen mit Farben, Schriften und den Anordnungen der Bilder und Texte.

Der künstlerische Ansatz wurde in den Presseberichten kaum gestreift, in Gesprächen allerdings ausführlich und teils auch recht kontrovers diskutiert. Bereits in seinem Wettbewerbsbeitrag hatte das Team Erläuterungen angeboten: »Mit zwei Elementen – mit der dunklen Fläche und mit der blauen Glaswand – werden sowohl das geschichtliche Verbrechen wie auch die Menschen, die unter dem Verbrechen gelitten haben und getötet wurden, thematisiert. Die Gestaltung dieser Elemente ist abstrakt – nur Material, Farbe und Form – ohne Worte. Ein fragiler Ort in der Stadt, formuliert mit deren Materialien. Sinnbildlich steht die blaue Glaswand, die die Richtung aus dem dunklen Grund zum Himmel hin andeutet, für die Verbindung von uns – Betrachtenden, Lebenden – zu den durch die NS-»Euthanasie« zwar physisch getöteten, aber durch unser Nicht-Vergessen und Erinnern doch weiter lebenden Menschen. Sie stehen uns gegenüber, sie stehen zwischen uns, unter uns. Ein Ort der Hoffnung, sorgsam dem Anderen zu begegnen, das Gemeinsame zu erkennen. Die dunkle Fläche steht für die »Schräglage« und den immer bleibenden »negativen Abdruck«, die die »Euthanasie« des NS-Staates in der Geschichte unserer Gesellschaft hinterlassen hat. Auf diesem Unter-

grund, dem »geschichtlichen Erbe, stehen wir – in der Verantwortung, diese nie wieder zuzulassen. Ein Ort, der an das Geschehene, an das Ausgrenzen erinnert.«

In ihrer Presseerklärung zur Einweihung haben die drei Autoren noch einige Aspekte ergänzt, zum Beispiel zur Farbigkeit: »Die Farbe blau steht – assoziativ – für Himmel, Atmosphäre, Luft und damit Leben, wie auch für Ferne, Kühle und damit Sehnsucht, Hoffnung, Traurigkeit ...«. Allerdings ist die anfangs erwähnte Idee einer »abstrakten« Gestaltung mit einem solchen Interpretationsangebot nur schwer vereinbar. Manche Erläuterungen mögen etwas simpel erscheinen, manche, zum Beispiel zu Spiegelung und Transparenz, verweisen auf bekannte Symbole und viel zitierte Metaphern des kollektiven Bildgedächtnisses der letzten Jahrzehnte und wurden daher auch bei diesem Projekt gern in den Medien reproduziert. Da mag es eher hilfreich sein, sich von angebotenen Formulierungen freizumachen und eigene Deutungen zu entwickeln.

So kann man das Konzept der unübersehbaren, aber keinesfalls monumentalen Glaswand auch als baukünstlerische Lösung auffassen, die geeignet ist, in einem heterogenen Stadtraum, der von der weltberühmten eigenwilligen Philharmonie des Archi-

Tag der Einweihung
2. September 2014
Foto: Stefanie Endlich



tekten Hans Scharoun geprägt ist, die Aufmerksamkeit von Passanten und Autofahrern auf eine visuell eher schmale, zurückhaltende Open-Air-Ausstellung zu lenken. Die Attraktivität der Glaswand, von manchen als ästhetisch faszinierend, von anderen als allzu schön oder sogar als chic empfunden, ist ein kalkulierter Brückenschlag zur sachlich gestalteten Informationsvermittlung, die sich beim näheren Hinschauen als die eigentliche Attraktion des Gedenkortes entpuppt. Bei der Rückkehr des Blicks vom Pult auf die Glaswand wiederum kann ein Bewusstsein oder auch ein Gefühl für veränderte Wahrnehmung entstehen, im konzentrierten Blick auf einen Ausschnitt der Wirklichkeit, in dem sich Vergangenheit und Gegenwart verbinden. Die leichten Verschwenkungen und Kippungen der geometrischen Strukturen wiederum bieten gerade jenes nur unterschwellig spürbare Maß an Irritation, das nicht zu Dramatik oder Überwältigung führt.

Unter diesem Aspekt ist der neue Gedenk- und Informationsort auch ein aufschlussreiches Beispiel in der Diskussion um neue künstlerische Strategien des Erinnerns im



öffentlichen Raum. Die Frage, ob ein Gestaltungskonzept wie dieses »überhaupt Kunst« sei, wird unterschiedlich beantwortet, gerade in der in Berlin aktuellen Debatte um die im Wettbewerbsbereich und dort speziell bei Erinnerungsprojekten ausgebrochene Konkurrenz zwischen bildender Kunst auf der einen Seite und Architektur, Gestaltung, Design auf der anderen. Bildende Künstlerinnen und Künstler fürchten, dass ein eigenständiger, kreativer, an die herausragenden Entwicklungen der kritischen Memorialkunst anknüpfender Entwurf immer weniger gewünscht werde und angesichts der Fülle von Anforderungen und Spezialaufgaben, hier insbesondere zur Informationsvermittlung, auch immer schwieriger zu leisten sei. Architekten und Gestalter wiederum neigen aufgrund ihres beruflichen Selbstverständnisses eher dazu, die gestellten Aufgaben bestmöglich zu erfüllen, statt Themen gegen den Strich zu büren und funktionale Vorgaben infrage zu stellen.

Das Projekt für die Tiergartenstraße ist in diesem Spannungsfeld verortet. Es weist – nicht nur im Blick auf die Beteiligung eines bildenden Künstlers im Team, sondern auch als Gesamtkonzept – genuine künstlerische Qualitäten auf, löst jedoch auch die mit der Ausstellung verbundenen komplexen Aufgaben in einer hochprofessionellen Weise. Damit wird deutlich, dass es sinnvoll ist, auf die Frage »Kunst oder Gestaltung« bei Memorialprojekten nicht nach einer allgemeinen Antwort zu suchen, sondern konkret orts- und projektbezogen zu urteilen – oder im besten Sinne auf »Kunst und Gestaltung« zu setzen.

Die Open-Air-Ausstellung

Dreiunddreißig Meter lang ist das Informationspult. Es besteht aus grauen Sichtbeton-Elementen, wie auch die hinter der Glaswand verlaufende Sitzbank. Für die Präsentation der Ausstellung sind insgesamt elf flache edelstahlgefasste Displays aufgesetzt, auf deren Oberseite bedruckte und hinterleuchtete Glastafeln eingelegt sind. Mit Texten, Fotos und zwei integrierten Medienstationen informiert es über das Thema dieses Erinnerungsortes. Neun Kapitel zeichnen in komprimierter Form die Vorgeschichte der Ausgrenzung seit Ende des 19. Jahrhunderts nach, die Hintergründe und den Ablauf der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde sowie die Nachgeschichte bis in die

Der Gedenk- und Informationsort von der Tiergartenstraße aus; rechts die Philharmonie, links hinten die Potsdamer-Platz-Bebauung
Foto: Stefanie Endlich

Gegenwart. Über einen QR-Code können Smartphone-Nutzer vor Ort oder mithilfe des Faltblatts der Stiftung Denkmal auf die Website www.gedenkrot-t4.eu gelangen.

Konzipiert und formuliert wurden Ausstellungsinhalte und vertiefendes Video- und Audio-Angebot von einem sechsköpfigen, thematisch ausgewiesenen Historiker-Team in einem zweijährigen »Erkenntnistransfer-Projekt«, das – außerhalb des vom Bundestag bewilligten Kostenrahmens – von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit etwa 300 000 Euro gefördert wurde. Die Leitung übernahmen Gerrit Hohendorf, Institut für Geschichte und Ethik der Medizin der TU München, und Maike Rotzoll, Universität Heidelberg; hinzu kamen Christoph Beyer, Petra Fuchs, Annette Hinz-Wessels und Jens Thiel. Der Titel dieses Projektes lautete »Erinnern heißt gedenken und informieren«. Einbezogen wurden Angehörige von Opfern, Historiker und Vertreter von Betroffenen-Initiativen. Kooperationspartnerin und verantwortlich für die Inhalte der Ausstellung war die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Unterstützung kam von der Stiftung Topographie des Terrors.

Die neun Kapitel behandeln den Weg in die »Euthanasie«-Morde, die Morde selbst von 1939 bis 1945 (»Krieg nach außen – Krieg nach innen«), die Haltung der Familien der Opfer und die Reaktionen in der Gesellschaft, die Modalitäten der »Aussortierung« in den Heilanstalten, die Rolle der »T4«-Planungs- und Verwaltungszentrale in der Tiergartenstraße 4, die Massenmorde in den Gaskammern, die Gruppen der »Täter, Mitwisser und Profiteure«, die Verbindungslinien zwischen den Krankmorden, dem Vernichtungskrieg und dem Holocaust und schließlich den gesellschaftlichen Umgang mit den »Euthanasie«-Verbrechen nach 1945. Angesprochen werden auch die Patientensterben in den eroberten Gebieten Osteuropas, die erst in jüngster Zeit näher erforscht werden, was die derzeit bekannte Zahl der Opfer auf mehr als 300 000 erhöht hat. Zehn »exemplarische« Opfer-Biografien verweisen auf unterschiedliche Lebens- und Leidenswege und fassen die neun Themenkapitel ein. Zwei Medienstationen, nicht dreizehn, wie noch im Wettbewerbsentwurf vorgesehen, bieten mit Fotos, Dokumenten und Audio-Angeboten Vertiefungen, zum Beispiel zur Vor- und Nachgeschichte der historischen Villa Tiergartenstraße 4.

Das Ziel, den Schwerpunkt des Erinnerungsprojektes auf Information und Dokumentation zu legen, war bereits vom »Runden Tisch T4« entwickelt und in der Wettbewerbsausschreibung festgelegt worden. In dieser war die Aufgabe formuliert, Wissensvermittlung auf einer Sichtbarkeits-Ebene und auf einer oder mehreren Vertiefungs-Ebenen anzubieten. Für beide Ebenen sollte Barrierefreiheit besondere Priorität erhalten – auch das schon eine zentrale Forderung des »Runden Tisches«, in der Ausschreibung, präzisiert mit einem umfassenden Anforderungskatalog. Gerade Menschen, die in der NS-Zeit Opfer der Krankmorde hätten werden können, sollten einen möglichst leichten Zugang zu allen Bereichen des Gedenkortes und zu den Ausstellungsinhalten erhalten. Barrierefreiheit bezog sich nicht nur auf Bewegungsraum für Rollstuhlfahrer durch schwellenlosen Zugang und durch Unterfahrbarkeit des Pultes, sondern auf alle Arten von Behinderungen und Lernschwierigkeiten. Der neue Gedenk- und Informationsort präsentiert die Informationen nicht nur in Deutsch und Englisch, sondern enthält auch Angebote für Menschen mit Seh- und Hörbeeinträchtigungen in Form von Brailleschrift und Gebärdensprache.

Alle Inhalte sind in »Leichte Sprache« übersetzt, ein sprachliches Regelwerk, das das Verstehen von Texten erleichtert. Zur Eröffnung wurde die Begleitpublikation in Leich-



Informationspult mit Medienstation. Foto: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Marko Priske

ter Sprache präsentiert, herausgegeben von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Topographie des Terrors in Zusammenarbeit mit dem DFG-Transferprojekt (ISBN 978-3-942240-15-4). Das hundert Seiten umfassende Buch ist geeignet, bei Neueinsteigern nicht nur Interesse, sondern Begeisterung für das Thema Leichte Sprache hervorzurufen. Die Klarheit der Sätze gerade beim Thema »Euthanasie« geht unmittelbar ans Herz.

Wer im Gedenkstättenbereich arbeitet, kennt die Probleme von Ausstellungen und speziell von Medienangeboten im Außenraum – Witterungsanfälligkeit, Verschmutzung, technisches Versagen, Zerstörungswut. Eine ständige Betreuung ist unverzichtbar. Auch bei diesem Projekt war die Sorge groß, das Informationspult könnte in kürzester Zeit Schäden erleiden, zumal man sich aus konzeptionellen und ästhetischen Gründen für Glas entschieden hatte. Tatsächlich waren gleich nach der Einweihung beide Medienstationen defekt, konnten allerdings zügig repariert werden. Schwer wirkt die Beschädigung zweier Themen-Elemente, deren Glasplatten offensichtlich gewaltsam zerschmettert wurden.

Die städtebauliche Situation

Der neue Gedenk- und Informationsort befindet sich am Nordrand des Kulturforums, das nach Planungen des Philharmonie-Architekten Hans Scharoun in den 1960er-Jahren auf einem Tabula-Rasa-Gelände errichtet worden war, um einen programmatischen West-Berliner Kontrapunkt zur Ost-Berliner Museumsinsel zu setzen. Dass die Grundrisse des Konzerthauses und der historischen Villa der »Euthanasie«-Mordbürokratie sich überschneiden, war jahrzehntelang nicht bekannt; auf dem Villen-Grundstück befand sich jener Busparkplatz, der zu Mauerzeiten als Endhaltestelle am Rand des alten Westberlin genutzt wurde. Nach dem Mauerfall und der Neuorientierung des gesamten Kulturforums zum wieder bebauten Potsdamer und Leipziger Platz hin war diese Fläche gänzlich verödet. Auch die Philharmonie erhielt neben ihrem traditionellen Eingang an der Tiergartenstraße einen zweiten Eingang nach Osten, zum Potsdamer Platz hin; dieser soll im Rahmen der Umgestaltung der Freiflächen zum Haupteingang

werden. Die zum »Euthanasie«-Denkmal erklärte Stahlskulptur »Berlin Junction« des US-Bildhauers Richard Serra und die zum eigentlichen Gedenkort gemachte bronzene Bodenplatte »Ehre den vergessenen Opfern« stammen noch aus Mauerzeiten. Beide sind mittlerweile selbst zu materiellen Zeugnissen der Auseinandersetzung um diesen Ort geworden; die Gedenktafel wurde auch gestalterisch in die neue Erinnerungsstätte integriert, Serras Skulptur steht wie zuvor an der Herbert-von-Karajan-Straße.

Die städtebauliche Neuorientierung provozierte auch neue Debatten um die Zukunft des Kulturforums. Dessen Situation wird seit Jahrzehnten als unbefriedigend empfunden: ein monofunktionales Ensemble prominenter, aber solitärer Kulturbauten, deren kommunikatives Zentrum unrealisiert blieb. Ein landschaftsplanerischer Wettbewerb im Jahr 1997 sollte für das gesamte Areal einen neuen Zusammenhang schaffen. Der prämierte Entwurf von Valentien + Valentien wurde nur ansatzweise realisiert. In einem Masterplan des Berliner Senats aus dem Jahr 2005 war das »T4«-Grundstück erstmals als besonderer Bereich eingezeichnet. An Albert Speers Nord-Süd-Achse, die das östliche Tiergartenviertel radikal verändern sollten, hat man sich bei den Planungen und Debatten zum Kulturforum damals wie heute erinnert; Hans Scharouns hatte ihnen bewusst das Konzept einer demokratischen »Stadtlandschaft« entgegengesetzt und mit der Philharmonie ein architektonisches Zeichen gegen Hitlers »Germania«-Planungen entworfen. Der historische »T4«-Ort und das Thema »Euthanasie« waren jedoch bis in die jüngste Zeit in der architektonischen und städtebaulichen Debatte um die Zukunft des Kulturforums nicht präsent; dies zeigten zum Beispiel die überfüllten Veranstaltungen in der Akademie der Künste im Lauf des Jahres 2014, in denen das Thema »T4« nicht einmal am Rande einbezogen wurde.

Das mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung überarbeitete Freiraumkonzept von Valentien + Valentien soll in den nächsten Jahren umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang kann ihre gartengestalterische Planung für das Umfeld des »T4«-Gedenkortes, ein Bereich von knapp 2000 Quadratmetern, als ein vorgezogener erster Schritt gesehen werden. Die Landschaftsarchitekten haben das Areal westlich zum Kunstgewerbemuseum hin und östlich zum Mattern-Garten des Scharounschen Musikinstrumentenmuseums mit englischem Rasen bedeckt, in einer weißen Sichtbeton-Kante gefasst, zwei Bäume gepflanzt und auf diese Weise ein ruhiges, grünes Plateau geschaffen, in das der dunkle Gedenkbereich mit blauer Glaswand und den beiden anderen Elementen eingebettet sind. Die im Boden liegende Gedenktafel aus dem Jahr 1989 ist ebenfalls weiträumlich gefasst und erscheint dadurch wie gerahmt.

Der »T4«-Ort im Kontext der nationalen Denkmäler

Anders als die große Fülle der Denkmäler und Gedenkort zu NS-Geschichte, die in den letzten Jahren nach Anstößen durch Bürgergruppen aus Mitteln des Landes oder der Bezirke entstanden sind oder von diversen Institutionen, aus privaten Mitteln oder als Kunst am Bau bezahlt wurden, gehört der »T4«-Gedenk- und Informationsort zum Ensemble jener Gedenkort für NS-Opfer im Zentrum der Hauptstadt, die durch Bundestagsbeschluss entstanden sind und aus Mitteln des Staates finanziert wurden. Nach der Rückkehr Berlins in die Hauptstadtrolle hatte die Bundesregierung begonnen, für Themen mit hohem Symbolwert, die auf politischer Ebene eingebracht und diskutiert wurden, Denkmalsvorhaben in die Wege zu leiten, denen gesamtgesellschaftliche Bedeutung und darüber hinaus ein besonderer Repräsentationsanspruch zugespro-



Foto: Stefanie Endlich

chen wurde. Am Anfang stand die Neue Wache Unter den Linden, das bauhistorisch bedeutende klassizistische Wachlokal des Architekten Karl Friedrich Schinkel, seit 1931 Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, zur DDR-Zeit zentrales »Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Militarismus«. 1993 wurde dieses Bauwerk nach Vorstellungen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, damals noch allein auf der Basis eines Kabinettsbeschlusses, ohne Einbeziehung von Parlament und Öffentlichkeit, zur »Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« umgewidmet und umgestaltet. Die Einweihung ging mit Bürgerprotesten einher, die sich vor allem gegen die pauschale Widmung »für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« und gegen die vergrößerte Replik der Käthe-Kollwitz-Skulptur »Mutter mit totem Sohn (Pietà, 1937)« mit ihrer christlichen Leidens- und Opfer-Ikonografie richtete. Ergebnis der Auseinandersetzung war das Versprechen des Bundeskanzlers, ein gesondertes nationales Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu errichten. Nach einem langen, konfliktreichen Findungsverfahren entstand im Jahr 2005 das »Field of Memory« des Architekten Peter Eisenman; durch einen zusätzlichen Bundestagsbeschluss wurde es durch einen unterirdischen »Ort der Information« ergänzt. Das Stelenfeld ist als emotional hochwirksames begehbare Raumkunstwerk konzipiert und legt eine stark identifikatorische Haltung des Erinnerns und Gedenkens nahe: Der Besucher möge sich in die Situation der damaligen Opfer hineinversetzen und deren Ängste nachempfinden. Der Bundestag hatte in seinem Beschluss 1999 auch ausdrücklich festgelegt, dass das Denkmal ausschließlich den ermordeten Juden gewidmet sein soll und nicht zugleich, wie viele es forderten, auch den anderen Opfergruppen des nationalsozialistischen Rassenwahns. Konsequenz dieser Entscheidung war die Entstehung weiterer Denkmäler für andere Verfolgtengruppen in Nachbarschaft zum »Holocaust«-Denkmal.

Der »Gedenkort für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen« kam 2008 auf Drängen der »Initiative Schwulen-Denkmal« zustande. Der von Michael Elmgreen und Ingar Dragset ganz im Geist der aktuellen Kunst entworfene Betonkubus zitiert in Material, Form und Proportionen auf fast ironische Weise die Stelen des

gegenüberliegenden »Holocaust«-Denkmals und verweist damit auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Opfergruppen. Beim Blick ins Innere kann man die Videoprojektion eines sich küssenden Paares sehen. Demgegenüber greift der landschaftskünstlerische Entwurf »Homage to the Sinti and Roma« von Dani Karavan, realisiert im Jahr 2012, traditionelle Motive der Totenehrung auf. Ein Stein mit einer immer wieder frischen Blume bildet die Mitte eines kreisrunden kleinen Sees, in dem sich die Besucher und das Reichstagsgebäude spiegeln.

Im Blick auf diese Entwicklung wird deutlich, dass die Gestaltungen der bisher vier realisierten nationalen Erinnerungsstätten für NS-Opfer große typologische Unterschiede aufweisen, sowohl unter ästhetisch-stilistischen Aspekten als auch hinsichtlich der Formen des Erinnerns und Gedenkens, also der Haltung der Besucher gegenüber dem Thema, die durch die Art der Gestaltung nahe gelegt oder vorgezeichnet wird. Auch das Verhältnis von Kunst und Information ist bei jedem Gedenkort anders, sowohl im Umfang des Informationsangebotes als auch in der Art, wie Kunst und Dokumentation miteinander verknüpft sind. Beim Gedenk- und Informationsort T4 nimmt die künstlerische Gestaltung – weit deutlicher als bei den anderen Projekten – eine eher dienende Rolle ein, trotz der markanten visuellen Präsenz der blauen Glaswand: Die Kunst wird gewissermaßen zum Transportmittel für die Inhalte.

Noch offen ist die Frage, ob mit der Einweihung des »T4«-Gedenk- und Informationsortes die Sequenz der nationalen Denkmalsetzungen für NS-Opfer ihren Abschluss gefunden hat. Aufschlussreich ist die Tatsache, dass in den Medien Erinnerungsprojekte zur Geschichte nach 1945, zu stalinistischer Unterdrückung, SED-Diktatur und friedlicher Revolution zunehmende Aufmerksamkeit erhalten und dass auf politischer Ebene, im Einklang mit dem zweiten Schwerpunkt der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, dem geplanten nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmal vor dem derzeit rekonstruierten Berliner Stadtschloss eine herausragende Bedeutung zugemessen wird – trotz der sich zuspitzenden Probleme mit Kostensteigerungen (anfangs zehn Millionen Euro veranschlagt), Technik und Denkmalschutz. Erst kürzlich begonnen hat allerdings die Diskussion um einen nationalen Ort des Erinnerns an die Opfer des nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskriegs in Osteuropa. So hat die Sowjetunion mit 25 bis 30 Millionen Toten, davon etwa 15 Millionen Zivilisten, die höchsten Verluste im Zweiten Weltkrieg erlitten, eine Tatsache, die im öffentlichen Bewusstsein der Deutschen kaum präsent ist. Eine Initiativgruppe um den Historiker Peter Jahn engagiert sich für einen Ort der Dokumentation im Berliner Tiergarten, gegenüber oder neben dem Sowjetischen Ehrenmal (www.gedenkort-lebensraumpolitik.de). Dieses war unmittelbar nach Kriegsende zusammen mit großen Sammelgräbern für die im Kampf um Berlin gefallenen Soldaten errichtet worden. Die notwendige Auseinandersetzung mit dem historischen Geschehen wird durch die stalinistische Formensprache des Denkmals und durch fehlende Informationen vor Ort erschwert.

Mit dem neuen Gedenk- und Informationsort »T4« ist die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas im vierzehnten Jahr ihres Bestehens für mittlerweile vier NS-Erinnerungsstätten verantwortlich, was den meisten Besuchern vermutlich nicht bekannt ist. Gerade von der Stiftung Denkmal war für das Anliegen, einen »T4«-Gedenkort zu schaffen, schon früh tatkräftige Unterstützung gekommen. Die Aufgabe, die Erinnerung an alle Opfergruppen der NS-Verfolgung wach zu halten, hat sich für die Stiftung aus dem Bundestagsbeschluss von 1999 ergeben; formell festgelegt wurde



Blick von Nordosten,
rechts das Kunst-
gewerbemuseum
Foto: Stefanie Endlich

ihre Zuständigkeit für die Betreuung der weiteren nationalen Denkmäler in einer Gesetzesänderung von 2009. Die Erweiterung des Themenspektrums, die möglicherweise noch nicht abgeschlossen ist, und die dadurch notwendig gewordene Vervielfachung der inhaltlichen und technischen Leistungen hatte man anfangs nicht vorausgesehen. Umso dringlicher ist es nun, über die Aufgaben, die Rolle, den Namen und nicht zuletzt über die nicht entsprechend mitgewachsene personelle Ausstattung der Stiftung nachzudenken und angemessene Veränderungen in die Wege zu leiten.

Teil eines Netzwerks

Anstelle des von vielen Mitgliedern des »Runden Tisches T4« erhofften Dokumentenhauses ist mit dem neuen Gedenkort eine Open-Air-Ausstellung entstanden. Obwohl ein profunder Überblick mit einigen Vertiefungen angeboten wird, ist das Thema »Euthanasie« doch sehr knapp dargestellt, was in einer Freiluftausstellung auch kaum anders möglich ist. Der vom Parlament bewilligte Kostenrahmen, aber auch der Denkmalschutz für Kulturforum und Philharmonie, hat eine größere Lösung nicht zugelassen. Die Rolle dieses zentralen Gedenkortes ist allerdings noch nicht wirklich definiert, seine zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten sind noch nicht ausgelotet. Die Angebote werden angenommen, das Besucherinteresse ist außerordentlich groß. Der historische Ort der Täter, seit 1987 auch ein Ort des Gedenkens an die Opfer, ist Teil eines kommunikativen Netzwerks weiterer zentraler und dezentraler Erinnerungsstätten, das trotz mancher Hinweise in der Ausstellung bisher für Besucherinnen und Besucher noch nicht deutlich genug ausgearbeitet und präsentiert wurde.

Zu diesem Netzwerk gehören die sechs »Euthanasie«-Gedenkstätten an den Orten der Mordzentren in Grafeneck, Hadamar, Bernburg, Pirna, Hartheim und in der nahe Berlin gelegenen Stadt Brandenburg an der Havel, in der 2012 als letztes eine arbeitende Gedenkstätte eingerichtet wurde. In Berlin sind es vor allem die Ausstellungen »totgeschwiegen 1933–1945« und »doppelt stigmatisiert« in der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, heute Vivantes; das Denkmal von Franziska Schwarzenbach (2000), eine kleine Ausstellung (2004) und das Denkzeichen von Patricia Pisani (2013) auf

dem Gelände des Klinikums Berlin-Buch (siehe auch die Website von Aline Graupner: www.unbekannt-verlegt.de); und weitere Gedenksteine und Tafeln im öffentlichen Raum an historischen Orten von Forschungseinrichtungen und Heil- und Pflegeanstalten wie den einstigen Wittenauer Heilstätten.

Schon die Wettbewerbsausschreibung enthielt die Ankündigung, dass »eine Website bzw. Online-Präsentation mit dem Gedenk- und Informationsort verknüpft« werden soll. Die Stiftung Denkmal plant, die Open-Air-Ausstellung mit vertiefenden Beiträgen bis 2015 für das Internet aufzubereiten. Dieses Angebot soll dann über die bereits existierende Website www.gedenkort-t4.eu abrufbar sein, die schon seit 2011 die bisher umfassendsten und ständig aktualisierten Informationen zum Thema »Euthanasie«-Erinnerung bietet. www.gedenkort-t4.eu wird von einer Arbeitsgemeinschaft um den Paritätischen Wohlfahrtsverband betrieben und aus Mitteln der EU und der Stiftung EVZ gefördert.

Der Katalog zur Open-Air-Ausstellung wird voraussichtlich erst im zweiten Halbjahr 2015 vorliegen. Erschienen ist vor Kurzem das Begleitbuch zu der temporären Ausstellung, die im Rahmen des Themenjahres 2013 vor der Philharmonie gezeigt wurde (Stefanie Endlich, Sigrid Falkenstein, Helga Lieser, Ralf Sroka: »Tiergartenstraße 4 – Geschichte eines schwierigen Ortes«, Berlin 2014, ISBN 978-3-86331-165-0), siehe auch www.t4-ausstellung.de. Diese Ausstellung war bis kurz vor der Einweihung des neuen Gedenkortes auf dem Vorplatz des Konzerthauses zu sehen. Anders als die gesamte Thema »Euthanasie« umfassende dauerhafte Open-Air-Ausstellung bezieht sie sich speziell auf diesen Ort der Täter. Die Geschichte der damals »arisierten« Villa, ihre Vor- und ihre Nachgeschichte von der frühen Entwicklung des Tiergartenviertels bis hin zum Kulturforum und zur »Wiederentdeckung« des historischen Ortes verknüpft sie mit dem Lebensweg von Anna Lehnkering, die 1940 in der Gaskammer von Grafeneck starb. Exemplarisch werden aber auch hier Strukturen und Wirkungsmechanismen des »Euthanasie«-Programms verdeutlicht. Das Buch (144 Seiten, 80 Abbildungen, darunter einige bisher unbekannte Dokumente und Fotos) enthält die gesamte Ausstellung, weitere Texte und Bilder, so von Uwe Neumärker und Ulrich Baumann über die Patientenmorde im besetzten Osteuropa, sowie Kurzfassungen in englischer und in Leichter Sprache. Die Tafeln sind eingelagert und können an weiteren Stationen im Freien wie auch im Innenraum gezeigt werden.

Prof. Dr. Stefanie Endlich ist Kunstpublizistin und Mitglied des »Runden Tisches T4«. Sie war Jurymitglied beim Gestaltungswettbewerb für den neuen Gedenkort und Mitverfasserin der Ausstellung und des Buches »Tiergartenstraße 4 – Geschichte eines schwierigen Ortes«.



Gedenk-Aktion im September 2014 am Sowjetischen Ehrenmal für die vergessenen Opfer des Vernichtungskrieges.
Fotos: Stefanie Endlich



Denkzeichen von Patrica Pisani in Berlin-Buch für die Opfer der NS-Zwangssterilisationen und »Euthanasie«-Morde, ein skulpturales, weißes Objekt in Form eines übergroßen Kissens, in dessen Mitte sich ein Kopfabdruck abzeichnet.
Foto: Britta Schubert

Der Gedenkort Rummelsburg

BERLINER ARBEITSHAUS UND DDR-GEFÄNGNIS, 1879–1990

Thomas Irmer und Rainer E. Klemke

Vorgeschichte und Rahmenbedingungen

Wie so oft waren es auch hier Bürgerinnen und Bürger, die den Anstoß dazu gaben, einen historischen Ort zum Sprechen zu bringen: Anwohner des neu geschaffenen Wohnquartiers an der Rummelsburger Bucht in Berlin-Lichtenberg, Initiativen und ehemalige Häftlinge wollten, dass die Geschichte des ehemaligen Arbeits- und Bewahrungshauses während der NS-Zeit und der DDR-Haftanstalt Rummelsburg sowie die Schicksale der in den jeweiligen politischen Systemen ausgegrenzten Menschen und politischen Gefangenen erzählt werden. Die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt in Lichtenberg nahmen die Anregungen auf und richteten im Spätsommer 2012 einen Runden Tisch zum Gedenken an der Rummelsburger Bucht ein. Ziel war es, hier einen Informations- und Gedenkort zu errichten.

Der Bezirk stellte dafür aus seinem Haushalt 100 000 € und die Berliner Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten weitere 150 000 € aus dem Mauerfonds zur Verfügung. Bereits im Dezember 2012 wurden als erste Orientierung für die Passanten an der Rummelsburger Seepromenade zwei Tafeln der »Berliner Geschichtsmeile« aufgestellt, die einen Überblick zur Ortsgeschichte geben. Im Rahmen des Berliner Themenjahres »Zerstörte Vielfalt« konnten dann die Biografien von NS-Opfern des Arbeits- und Bewahrungshauses und Verantwortlichen in der NS-Zeit an drei Litfaßsäulen vorgestellt werden. Zum 25. Jahrestag der Massenverhaftungen von DDR-Bürgern im Rahmen des »Republikjubiläums« wurde am 8. Oktober 2014 eine Open-Air-Ausstellung an der Mauer und dem Zaun des früheren Polizeigegefängnisses in Rummelsburg angebracht: Unter dem Titel »Zugeführt – in der Gewalt von Volkspolizei und Stasi« zeigte sie Fotos und andere Zeugnissen der Misshandlungen am historischen Ort, mit Blick auf die Gebäude und Garagen, wo die Menschen 1989 festgehalten worden waren. Diese Sonderausstellung bildete zugleich den Auftakt für die Einweihung des neuen Informations- und Gedenkortes Rummelsburg am 17. Dezember 2014, der wenige Monate nach der Entscheidung in einem Gestaltungswettbewerb im Mai 2014 auf der Grundlage der vom Runden Tisch erarbeiteten Inhalte realisiert wurde.

Die besonderen Herausforderungen für die Konzeption dieses Informations- und Gedenkortes

Es handelte sich um eine Geschichte in vier verschiedenen politischen Systemen, die hinsichtlich möglicher Gemeinsamkeiten (Ort, Ausgrenzung von Randgruppen aus der Gesellschaft) und, besonders im Hinblick auf die NS- und die DDR-Zeit, in ihrer Unterschiedlichkeit darzustellen waren.

Die Opfergruppen, die hier im Zentrum stehen, haben bislang ein nur sehr partielles Interesse in der Öffentlichkeit wie auch in der wissenschaftlichen Bearbeitung erfahren, vor allem hinsichtlich der Zeit bis 1945. Ein Ziel der Ausstellung musste es daher sein, eine weiterführende Auseinandersetzung anzuregen sowie für das Thema der Randgruppen als NS-Opfer zu sensibilisieren – gerade auch angesichts heutiger rechter Übergriffe auf Obdachlose und Menschen mit Behinderungen.



Insassinnen des Arbeitshauses Rummelsburg auf einem inszenierten Foto für die Ausstellung »Deutsche Gemeinde«, um 1936. Quelle: Landesarchiv Berlin (LAB)

Der Personenkreis der von der Verfolgung Betroffenen hatte aufgrund der Lebensumstände, z.T. wegen der Zwangssterilisationen in der NS-Zeit, meist keine Familien, deren Nachfahren hier lobbyistisch tätig werden konnten.

Von den in der NS-Zeit Verfolgten lagen kaum Zeugnisse vor und es gab keine Überlebenden, die noch erreichbar waren. Für die Verfolgung in der DDR gab es sowohl Zeitzeugen wie auch schriftliche Quellen, die aber noch kaum beachtet oder ausgewertet wurden. Dementsprechend mussten für den Informations- und Gedenkort Formen entwickelt werden, mit denen die verschiedenen historischen Schichten am Beispiel von repräsentativ ausgewählten Biografien sichtbar werden. Sowohl dem Informations- wie auch dem Gedenkaspekt (etwa als Ort für Gedenkveranstaltungen) sollte getrennt nach politischen Epochen Rechnung getragen werden. Dabei war auch darauf zu achten, dass neu gewonnene Erkenntnisse auch später wenig aufwendig durch zusätzliche Stelen-Elemente in das Info-System am Ort und in einer Smartphone-App eingearbeitet werden können. Der unmittelbare Bezug der Themen und Biografien zu den noch vorhandenen, heute als Wohnungen genutzten Gebäuden sollte hergestellt werden. Die Verwendung von »einfacher Sprache« und die direkte Ansprache der Besucher durch die dargestellten Personen in der »Ich«-Form sollte die ehemalige Ausgrenzung symbolisch durchbrechen und einen direkten Dialog mit den Besuchern ermöglichen.

»Korrigierende« Haft und »Sammelanstalt für Asoziale und Gefährdete aller Art« als Schwerpunktthemen der Ausstellung

Das ehemalige Gelände des Arbeitshauses und DDR-Gefängnisses Rummelsburg, südöstlich des Bahnhofs Ostkreuz im Bezirk Lichtenberg gelegen, ist einer der bislang wenig beachteten, aber hoch spannenden historischen Orte in Berlin. Hier kreuzten sich verschiedene Dimensionen der deutschen Geschichte. Vor Ort thematisiert nun die

neue Dauerausstellung sowohl die Geschichte des 1879 eröffneten größten deutschen Arbeitshauses, als auch die an selber Stelle seit 1951 betriebenen DDR-Haftanstalt. Mit der Open-Air-Ausstellung wird zeitlich ein weiter Bogen vom Kaiserreich bis zur Friedlichen Revolution von 1989 gespannt.

Ein alle Epochen in Rummelsburg verbindender Sammelbegriff ist der des »abweichenden Verhaltens«, das dort – häufig aufgrund autoritärer Ordnungsvorstellungen – »korrigiert«, bestraft und verfolgt werden sollte. Bis 1951 wurde das Arbeitshaus Rummelsburg zur Unterbringung von sozialen Randgruppen überwiegend mittleren Alters genutzt. Dazu zählten Unterprivilegierte, soziale Absteiger und Ausgegrenzte oder Sucht- sowie psychische Kranke beiderlei Geschlechts. Sie waren häufig mit gegen das Betteln gerichteten Verordnungen und Gesetzen in Konflikt geraten oder unterstanden der öffentlichen Fürsorge.¹

Im April 1951 übernahm die DDR-Volkspolizei das Gelände und ließ es zum zentralen Männer-Gefängnis von Ost-Berlin umbauen. Die Gefangenen setzten sich aus Ost- und Westdeutschen sowie Ausländern zusammen.

Im Mittelpunkt der Ausstellung an der Rummelsburger Bucht stehen Biografien – angefangen von ehemaligen Insassen des Arbeitshauses bis zu politischen Häftlingen des DDR-Gefängnisses und Festgenommenen der Bürgerrechtsbewegung: Unter den Biografien von Bettlern aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik ist beispielsweise Adolf B., der aus einer Kaufmannsfamilie stammte. B. kam mehrfach wegen Bettelns in Haft und anschließend zur, wie es damals juristisch hieß, »korrekzionellen Nachhaft« nach Rummelsburg. Dort wurde er, wie die Mehrzahl der männlichen Insassen, zur Arbeit auf Berliner Stadtgütern und Rieselfeldern eingesetzt. Über die Gründe für den Abstieg des Adolf B. und das Leben als Bettler geben die Akten keine Auskunft. Quellenprobleme bestehen auch bei fast allen anderen Fällen darin, dass die Lebensläufe von Insassen des Arbeitshauses größtenteils anhand von wenigen Polizei- und Patientenakten rekonstruiert werden mussten. B. kam mehrfach nach Rummelsburg und wurde zuletzt für »geisteskrank« erklärt. Mit vielen anderen Insassen hatte er gemeinsam, dass es nie eine Betrachtung seiner individuellen Probleme und Bemühungen, diese zu verändern, gab. Im Vordergrund stand vielmehr seine möglichst kostengünstige Unterbringung, das zentrale Motiv für die Kommune.

Die Ausstellung verweist aber auch auf alternative pädagogische Ansätze wie durch die Biografie des Reformpädagogen Karl Wilker. Als Leiter der ehemaligen »Zwangserziehungsanstalt für verwahrloste Knaben« versuchte Wilker nach dem Ersten Weltkrieg in Lichtenberg neue Erziehungsmethoden einzuführen, die von der Jugendbewegung inspiriert waren.

Die Nationalsozialisten wollten aus Rummelsburg eine »große Sammelanstalt für Asoziale und Gefährdete aller Art« insbesondere der Berliner öffentlichen Fürsorge machen.² Der nationalsozialistische Sozial- und Jugendamtsleiter Karl Spiewok, auf den die Ausstellung ebenfalls eingeht, versuchte sich in Rummelsburg als Vorreiter einer »Politik der Bewahrung« zu profilieren, die auf eine dauerhafte Unterbringung von arbeitsunfähigen Insassen bei minimaler Versorgung hinauslief.

In der Dauerausstellung kann anhand neuer Quellenfunde gezeigt werden, dass Rummelsburg-Insassen auch zu Opfern der NS-Euthanasie wurden. Anfang 1941 wurden die 30 jüdischen Arbeitshaus-Insassen im Rahmen einer »Sonderaktion« abtransportiert und wenig später in der Heilanstalt Bernburg, einer der »T4«-Tötungsanstalt, mit



Insassen des Arbeitshauses Rummelsburg auf einem inszenierten Foto für die Ausstellung »Deutsche Gemeinde«, um 1936. Quelle: LAB

Gas ermordet.³ Unter ihnen befand sich auch die 67-jährige Auguste Löwenthal, eine Prostituierte aus Friedrichshain. Ihre Biografie, rekonstruiert auf der Grundlage einer Akte der Kriminalpolizei, befindet sich in der Ausstellung. Bisher war durch die Beiträge von Götz Aly nur bekannt, dass Anfang 1942 eine Kommission von hochrangigen »T4«-Gutachtern alle damals knapp 1500 Insassen in den Blick nahm und 314 von ihnen einstimmig zur Tötung ausgewählt.⁴ Die Entscheidungen dieser Kommission wurden jedoch nicht mehr umgesetzt, Vorrang hatte nun der Massenmord an den Juden.

Während des Zweiten Weltkriegs leisteten die Insassen in 17 Werkstätten in der Anstalt sowie in 20 Stadtkommandos in Berlin umfangreich Zwangsarbeit, hauptsächlich für kommunale Zwecke. Die Großbäckerei im Arbeitshaus belieferte über 30 städtische Einrichtungen, unter anderem Krankenhäuser, mit Schrippen und Brot. Die Insassen arbeiteten aber auch in den Städtischen Forsten, auf dem Lichtenberger Zentralfriedhof, bei der Straßenreinigung, im nahen Großkraftwerk Klingenberg und in anderen Rummelsburger Industriebetrieben.⁵ Auch die damals 23-jährige Ausreißerin Marie R., die mit 17 Jahren zwangssterilisiert worden war, arbeitete außerhalb des Arbeitshauses. Anfang 1942 gelang es ihr, von dort wegzulaufen.

Das Gefängnis von Ost-Berlin

Im 1951 in Rummelsburg eröffneten DDR-Gefängnis wurden auch soziale Außenseiter inhaftiert. Wenig bekannt ist, dass nur in der DDR der Begriff »asozial« bzw. »kriminelle Asozialität« 1968 in das Strafrecht aufgenommen wurde.⁶ Noch in den 1980er-Jahren waren die meisten Häftlinge in der Ost-Berliner »Strafvollzugsanstalt I« jedoch wegen Eigentums-, in geringeren Umfang auch wegen Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten strafällig gewordene Ostdeutsche.⁷

In den vier Jahrzehnten seiner Existenz war das Gefängnis Rummelsburg aber immer auch ein Haftort für politische Gefangene wie in den 1950er-Jahren Horst Jänichen aus Lichtenberg, der insgesamt acht Jahre in verschiedenen DDR-Gefängnissen

inhaftiert war, oder von dem heutigen CDU-Politiker Günter Toepfer aus Karlshorst, der, nach dem Mauerbau verhaftet, gleich in vier Außenkommandos arbeiten musste. Unter den politischen Gefangenen befanden sich zudem Westdeutsche aus der Bundesrepublik und West-Berlin. Unter ihnen war der Italiener Timo Zilli, der 1970 nach Rummelsburg kam. Mitte der 1970er-Jahre wurden die beiden Fluchthelfer Matthias Bath aus Berlin und Hartmut Richter aus Glindow in Rummelsburg inhaftiert.

Seit 1986 planten Volkspolizei und Staatssicherheit, so eine weitere neue Erkenntnis der Ausstellungsrecherche, in Rummelsburg alle ausländischen Gefangenen der DDR zusammenzulegen, zu denen auch Westdeutsche und West-Berliner gezählt wurden. Zu weiteren Kennzeichen des Vollzugs in Rummelsburg zählt dessen Funktion als Durchgangsstation in andere DDR-Gefängnisse. Umfangreich war, wie in anderen DDR-Haftanstalt auch, die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge für den SED-Staat und volkseigene Betriebe. Häftlinge aus Rummelsburg wurden u.a. beim Bau des Flughafens Schönefeld eingesetzt. Sie arbeiteten auch für den Export, darunter in den arabischen Raum.⁸

Auch während der Friedlichen Revolution nahm Rummelsburg eine Rolle als ein Ort der Repression in Berlin ein. Schon 1989 wurden dort kurzzeitig Bürgerrechtler inhaftiert, etwa nach Protesten bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 1988 oder wegen der Kommunalwahlfälschungen vom Mai 1989. Am 7. und 8. Oktober 1989 hielten Volkspolizei und Stasi hunderte Demonstranten auf einem Verwaltungshof außerhalb der Zellengebäude fest, unter ihnen Manfred Butzmann und Jörg Zickler. Die aus allen Teilen der Bevölkerung stammenden Menschen hatten während des offiziellen Staatsfeiertages zur DDR-Gründung am Palast der Republik in Mitte und um die Gethsemanekirche in Prenzlauer Berg protestiert.

Gestaltungsprinzipien

Die Ausstellungsgestaltung der Berliner Gestalterin Helga Lieser ermöglicht es, alle Epochen darzustellen, ohne sie zu vermischen. Grundlage ist ein modulares System mit Erzähl-Stelen aus Stahl, die durch ihre verschiedene farbliche Beschaffenheit schon äußerlich nach Epochen unterscheiden. Durch die flexibel aufstellbaren Stelen können die Biografien den in ihrer äußeren Form erhaltenen historischen Verwahr-, Haft- und Verwaltungsgebäuden zugeordnet werden. Auf diesen Stelen begegnen die einst Ausgegrenzten dem Besucher in Augenhöhe und erzählen aus ihrem Leben in der »Ich«-Form. So lassen sich die Informationen behutsam in das Wohngebiet integrieren, ohne dass sich Gäste und Anwohner in die Quere kommen. 18 Stelen sind auf dem Gelände zwischen Hauptstraße und Rummelsburger Bucht in sechs themen- und ortsbezogenen Ensemble-Gruppen verteilt. Die chronologische Gliederung des Stelen-Ensemble sorgt für eine klare Übersicht und Orientierung. Die Ausstellung ist aus allen Richtungen begehbar.

Zusätzlich zur Ausstellung wird eine neue Version der »Rummelsburg-App« erarbeitet: Zur bisherigen Version für die DDR-Zeit werden nun auch Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Zeit in Form eines Rundganges mit ergänzenden Materialien und Interviews, Bildern und Filmbeiträgen vorgestellt. Die neue Version wird ab Ostern 2015 unter rummelsburg-app.de/download kostenlos herunterzuladen sowie über QR-Code an den Stelen abrufbar sein. Diese App ist neben Englisch auch in »leichter Sprache« abrufbar. Zusätzlich wird sie ein Angebot für Jugendliche enthalten.



Eingang zur Strafvollzugsanstalt Rummelsburg, 1990, Quelle: LAB



Blick vom Verwaltungsgebäude auf das Innengelände der StVE Rummelsburg, 1990, Quelle: LAB

Resümee

Die neue Dauerausstellung »Gedenkort Rummelsburg« schließt eine wichtige Lücke in der Berliner Gedenkstättenlandschaft und der deutschen Erinnerungskultur, sowohl für die NS- wie für die DDR-Zeit. Sie weist auf die Rolle des Arbeitshauses Rummelsburg als einem wenig bekannten Ort der Verfolgung sozialer Randgruppen während der NS-Zeit hin. Zu den Forschungserträgen der Ausstellungsrecherche zählen unter anderem Angaben über eine bislang unbekannte NS-»Sonderaktion«, bei der alle 30 jüdischen Arbeitshaus-Insassen abtransportiert und im Rahmen der NS-Euthanasie ermordet wurden. Und die Ausstellung zeigt, dass das DDR-Gefängnis zu Unrecht ein in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute eher vernachlässigter Ort der Repression der Diktatur der SED ist. Die neue Dauerausstellung will dazu beitragen, den Opfern einen Raum und eine Stimme zu geben und sie aus dem gesellschaftlichen Abseits in die Mitte der Gesellschaft und deren Erinnerung zu holen.

Thomas Irmer, Historiker, war Kurator der Dauerausstellung Gedenkort Rummelsburg. **Rainer E. Klemke** ist ehemaliger Gedenkstättenreferent des Landes Berlin. Er leitete den Runden Tisch Gedenkort Rummelsburg und war Projektleiter für die Errichtung des Informations- und Gedenkortes.

- 1 Christine Steer, Rummelsburg mit der Victoriastadt, Berlin: Bebra Verlag 2010, S. 126–145.
- 2 Thomas Irmer, Kaspar Nürnberg & Barbara Reischl: Das Städtische Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg – Zur Geschichte eines vergessenen Ortes der Verfolgung von »Asozialen in der NS-Zeit«, in: GedenkstättenRundbrief Nr. 144 8/2008, S. 22–31; Steer 2010 (wie Anm. 1), S. 132–134; Elisabeth Weber, »Berlin, die Stadt ohne Bettler« – Die Verfolgung »Asozialer«, in: Michael Wildt, Christoph Kreuzmüller (Hg.), Berlin 1933–1945. Stadt und Gesellschaft im Nationalsozialismus, München: Siedler 2013, S. 325–340.
- 3 Thomas Irmer, »... die sogenannten asozialen Elemente ebenfalls zur Vernichtung reif machen ...« – Das Berliner Arbeitshaus Rummelsburg zwischen Anfang und Ende der NS-Euthanasie, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 17/2015 (erscheint 2015).
- 4 Götz Aly, Die Belasteten. »Euthanasie« 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte, Frankfurt/M. 2013, S. 220–224.
- 5 Irmer, Nürnberg & Reischl 2008 (wie Anm. 2); Steer 2010 (wie Anm. 1).
- 6 Sven Korzilius, »Asoziale« und »Parasiten« im Recht der SBZ/DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Anpassung, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2005; sowie: Joachim Windmüller, Ohne Zwang kann der Humanismus nicht existieren – »Asoziale« in der DDR, Frankfurt: Peter Lang 2006.
- 7 Steer 2010 (wie Anm. 1.); Heike Hoffmeister, Arbeitshaus der Stadt Berlin zu Rummelsburg. Strafvollzugseinrichtung I Berlin. Wohnen an der Rummelsburger Bucht: 1877 bis heute; in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 31.2012, S. 3–16.
- 8 Irmer, Nürnberg & Reischl 2008 (wie Anm. 2), Zur Häftlingsarbeit in der DDR auch Tobias Wunschik: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1950–1989), Göttingen: V&T 2014.

Das schwierige Erinnern an Opfer der nationalsozialistischen Patientenmorde

DAS BEISPIEL DER GETÖTETEN KINDER IM WIESENGRUND

Sabine Hillebrecht

Gerhard war ein Kleinkind, das im Alter von knapp 19 Monaten in den Wiesengrund eingeliefert wurde. Sechs Tage später war Gerhard tot. Diese Information kann man einer Tafel entnehmen, die im ehemaligen Labor der Klinik hängt. Hier heißt es wörtlich:

»Gerhard V., geboren am 5. 3. 1943

Gerhard wurde wegen Krämpfen, die bereits erstmalig mit acht Wochen auftraten, regelmäßigen Erbrechen, das eine Essstörung zur Folge hatte, und wegen Unterernährung am 27. 11. 1944 in die Nervenklinik Wiesengrund aufgenommen.

Bemerkungen des Pflegepersonals: Gerhard sei sehr »tief stehend«, beim Spielen könne man kein sinnvolles Muster erkennen. Er selbst spreche nie. Er reagiere nicht bei Anforderungen, könne aber anscheinend zuhören.

»*Behandlung:* Am 28. 11. 1944 wurde eine Lumbalpunktion durchgeführt, welche eine Pneumonie zur Folge hatte. Als »Versuch der Heilung« wurde am 30. 11. 1944 eine Encephalografie vorgenommen.

Tod: Gerhard starb nach starkem Temperaturanstieg am 3. 12. 1944. Die Ärzte vermerkten, dass er nach plötzlichem Atemstillstand eine Herz-Kreislauf-Schwäche erlitten habe.«¹

Auch die Schicksale von Michael G., Karin B., Hajo K., Günther P., Werner G., Rosemarie K., Helga T. und anderen Kindern werden jeweils auf einer Tafel vorgestellt. Die Kurzbiografien hängen im heutigen Geschichtslabor neben- und übereinander und bilden eine »Erinnerungswand«. Sie wurden von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Engels-Gymnasiums erarbeitet.

Der biografische Ansatz ist in der Gedenkstätten- und Museumsarbeit weit verbreitet. Er verfolgt in der Regel das Ziel, das menschliche Schicksal zu verdeutlichen und Empathie zu wecken, sodass die Dimension des Unrechts und der Tragik nachvollziehbar, aber auch ein individuelles Gedenken möglich werden. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit dieses Vorgehen auch bei den Opfern des NS-Patientenmordes möglich ist bzw. welche besonderen Schwierigkeiten hier vorhanden sind. Das soll im Folgenden am Beispiel der getöteten Kinder im Wiesengrund und der Arbeit im Geschichtslabor veranschaulicht werden.

Der Wiesengrund

Als »Wiesengrund« wurde lange Zeit eine Senke bezeichnet, in der die Kühe des Dalldorfer Gutes im Norden von Berlin weideten. Im Jahr 1869 kaufte die Berliner Stadtverordnetenversammlung das Gut, um hier Gebäude der großen »Städtischen Irren- und Idiotenanstalt« für die Hauptstadt zu errichten.² Die fortschrittliche Anstalt hieß ab 1925 Wittenauer Heilstätten, nachdem auch das Dorf bzw. der Ortsteil in Erinnerung an seinen ehemaligen Gemeindevorsteher Peter Witte seinen Namen geändert hatte. Erst

Außenaufnahme des Gebäudes Eichborndamm 238, ca. 1942 .
Historische Fotos:
Bildarchiv des Instituts für Geschichte der Medizin und Ethik in der Medizin; Charité – Universitätsmedizin Berlin



nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dann der heutige Name Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik eingeführt. Allen Namensänderungen zum Trotz blieb die Bezeichnung Wiesengrund für die drei am Eichborndamm befindlichen Gebäude während aller Zeiten gebräuchlich, und so gibt es noch heute die Schule Wiesengrund in der Frohnauer Straße in Berlin-Hermsdorf. Ihr Name geht auf die ehemaligen geologischen Gegebenheiten in Wittenau zurück, obwohl die Einrichtung schon 1954 vom ursprünglichen Ort wegzog. Dieser befand sich am Eichborndamm 238–242, gegenüber des Reinickendorfer Rathauses, und umfasste drei Gebäude. Sie bildeten das »Nervensanatorium Wiesengrund« und beherbergten bis 1941 nervenkrankte Männer. In diesem Jahr zog hier die »Städtische Nervenklinik für Kinder« ein.³

Das Erziehungsheim, die Anstaltsschule und alle weiteren Kinder- und Jugendeinrichtungen wurden organisatorisch von den Wittenauer Heilstätten abgelöst und fortan eigenständig geführt. Bevor die ersten minderjährigen Patienten in den Wiesengrund eingeliefert wurden, veranlasste der Leiter Dr. Dr. Ernst Hefter bauliche Veränderungen, sodass abgesehen von den Kranken- und Dienstzimmern nun auch ein Operationsraum, eine Röntgenabteilung, ein Sektionsraum sowie ein Labor vorhanden waren. Damit waren wichtige Voraussetzungen gegeben, um die Vorgaben der NS-Gesundheitspolitik umsetzen zu können: »Die Euthanasieverordnungen und ihre Ausführung müssen sich vollkommen im Rahmen des übrigen üblichen Abteilungsgeschehens vollziehen. So wird auch mit wenigen Ausnahmen der Tod des Euthanasierten sich vom natürlichen Tode kaum unterscheiden. Das ist das zu erstrebende Ziel. (...) Also für die Zukunft: keine Pflegeanstalten für tief stehende Fälle, sondern nur Heilanstalten mit aktivster Therapie und wissenschaftlicher Arbeit und – mit Euthanasiemöglichkeit.«⁴ Modern und wissenschaftlich ausgerichtet – damit wollte auch der Wiesengrund bei den Eltern Vertrauen erwecken.



Außenaufnahme des Gebäudes Eichborndamm 238, 2013. Im Keller befindet sich das heutige Geschichtslabor. Zeitgenössische Fotos: Sabine Hillebrecht

Die Kinder im Wiesengrund

Im Februar 1942 kamen die ersten minderjährigen Patienten in den Wiesengrund. Sie wurden zur Klärung ihrer geistigen oder körperlichen Einschränkungen in dieses neue »diagnostische Zentrum« eingeliefert. Stellte sich nach den umfangreichen ärztlichen Untersuchungen und diversen Tests zum Sozialverhalten, zur Motorik, Sprachfähigkeit und Selbstständigkeit ein niedriges »Intelligenzalter« und eine mangelnde Bildungs- und Entwicklungsfähigkeit heraus, meldete sie Ernst Hefter an den »Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden«, sofern dieser nicht selbst die Einweisung veranlasst hatte. Die drei Reichsgutachter prüften die Berichte und entschieden ausschließlich auf Grundlage dieser schriftlichen Erhebungen.⁵ Kamen sie mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass das Kind nicht »lebenswert« sei, wurde ein »R.A.« auf seiner Krankenakte eingetragen. Damit wurde es ein »Reichsausschusskind« und folglich Patient der Station 3 im Wiesengrund, also der »Kinderfachabteilung«. Diese unterstand der Verantwortung von Assistenzärztin Gertrud Reuter. Sie, ihr Vorgesetzter Ernst Hefter und ihr Kollege Gerhard Kujath erhielten mit der Aktennotiz »R.A.« eine Handlungsermächtigung, medizinisch nach eigenem Ermessen zu verfahren. Der Vermerk »R.A.« war eine Art Freibrief, um bei den Kindern riskante Untersuchungen und ärztliche Maßnahmen durchführen zu können. Hierbei nahmen die Ärzte bewusst einen möglichen oder wahrscheinlichen tödlichen Ausgang in Kauf oder führten ihn aktiv herbei.

Die Kinder wurden mit einer hohen Dosierung des Beruhigungsmittels Luminal getötet oder mithilfe zweifelhafter Schlafkuren oder Fieberturen ermordet.⁶ Einige Kinder wurden an andere medizinische Einrichtungen »ausgeliehen«, um dort für medizinische Versuchszwecke zu dienen, so zur »Tuberkuloseimmunisierung« an der Kinderklinik der Charité.⁷ Insgesamt waren Klinikleiter Ernst Hefter, Assistenzärztin

Gertrud Reuter und Oberarzt Gerhard Kujath für den Tod von mindestens 81 Kindern und Jugendlichen verantwortlich, die zwischen 1942 und 1945 im Wiesengrund ermordet wurden.

Verdrängung und Verschweigen in der Nachkriegszeit

Gegen Ernst Hefter wurde im Juli 1945 von der Staatsanwaltschaft in Berlin-Reinickendorf ermittelt. Ende des Jahres wurde er auf Initiative der sowjetischen Militäradministration festgenommen und wenig später zu zehn Jahren Haft verurteilt. Er starb im April 1947 in Bautzen und war der einzige Beschäftigte im Wiesengrund, der zur Verantwortung gezogen wurde. Allerdings wusste man in West-Berlin bis 1950 nichts von seinem Verbleib.⁸ Gertrud Reuter praktizierte schon ab 1947 wieder als Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie und lebte unbehelligt bis zu ihrem Tod im Jahre 1999. Gerhard Kujath leitete den Wiesengrund nach dem Weggang seines Vorgesetzten bis 1952. Er wurde Facharzt für Psychiatrie und Pädiatrie und leitete dann die heilpädagogische Abteilung der Kinderklinik der FU Berlin am Kaiserin-Augusta-Krankenhaus.

Solange die Täter der »Euthanasie«-Morde in Ehren weiter leben und arbeiten konnten, entstand kein Unrechtsbewusstsein und gab es folglich keine »Opfer«.

Mit den Klinikgebäuden ging man in der Nachkriegszeit sehr pragmatisch um, sie wurden je nach Bedarf genutzt und umgebaut, ohne einen historischen Blick zurückzuwerfen. Von den ehemals drei Häusern überstanden zwei unbeschädigt den Krieg. In diesen Räumlichkeiten war das Kindersanatorium Wiesengrund noch bis 1954 beheimatet. Dann übernahm das Rathaus Reinickendorf die beiden Häuser Eichborndamm 238/240 und nutzte sie als Gesundheitsamt, Wahllokal, Teil des Gartenbauamtes bzw. des Tief- und Hochbauamtes. Die Keller dienten und dienen größtenteils immer noch als Aktenlager.

Viele Jahre erinnerte nichts an die Verbrechen, die in diesen Häusern stattgefunden hatten. Die Ausstellung »totgeschwiegen« von 1988 beendete die jahrzehntelange Tabuisierung der NS-Verbrechen in den Wittenauer Heilstätten. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe beförderten auch im Sommer 1987 die Krankenakten zutage, von denen lange Zeit behauptet wurde, sie seien kriegsbedingt vernichtet worden.⁹ Trotzdem wurden in den folgenden Jahren die Opfer der »Euthanasie«-Programme kaum öffentlich wahrgenommen. So machten beispielsweise die Stolpersteine dieser Opfergruppe noch Mitte des Jahres 2013 nur zwei Prozent aller in Berlin verlegten Stolpersteine aus.¹⁰

Das Geschichtslabor

2011 entstand eine Bezirksinitiative, die von Cornelia Gerner vom Museum Reinickendorf ausging und die die Idee eines außerschulischen Lernortes am authentischen Ort entwickelte. Nach längeren Verhandlungen wurden vier geeignete Kellerräume am Eichborndamm 238 vom Bezirksamt geräumt. Es ließ sich anhand von Fotografien rekonstruieren, dass einer dieser Räume nach 1941 das Labor der Klinik war, wodurch der Name »Geschichtslabor« entstand. Als Hauptzielgruppe dieser Einrichtung sind junge Menschen angesprochen, die sich mit dem Thema der NS-Patientenmorde und NS-Gesundheitspolitik auseinandersetzen wollen. Die Lernenden treffen auf konkrete Spuren der Geschichte, so beispielsweise auf die originalen Wandfliesen des Labors und die ursprüngliche Raumaufteilung. Im Hinblick auf das jahrzehntelange Verdrängen und Verschweigen kann hier ein Verständnis für die Einmaligkeit und Schutzwürdig-



Die Erinnerungswand
im Geschichtslabor,
2013

keit historischer Orte entstehen.¹¹ Texttafeln, Fotos und historische Schautafeln bieten Informationen, doch sollen die Schülerinnen und Schüler auch zu einer selbstständigen Erkundung und Erarbeitung angeleitet werden. Dazu ist ein Besuch im nahe gelegenen Landesarchiv Berlin sinnvoll.

Die Krankenakten

Die zentrale Quelle zur Erforschung der Opfer sind die Krankenakten, die sich seit 2010 im Landesarchiv Berlin befinden. Diese Akten sind immer nach dem gleichen Prinzip aufgebaut, sodass man sich schnell zurechtfinden kann:

Vorab gibt es zwei Ganzkörper-Nacktfotos des Kindes: ein Foto frontal und eines von der Seite aufgenommen. Nach einem Deckblatt mit den wichtigsten Daten wird die Vorgeschichte dargelegt und das heißt, es folgen sehr weitreichende Angaben zu den Eltern, z.B. ob ehelich oder unehelich geboren, ob Krankheitsfälle in der Familie existierten, ob Geistes-, Nerven- oder Geschlechtskrankheiten vorhanden waren, inwiefern es Alkohol- und Nikotinkonsum gab, Angaben zur Geburt des Patienten und zu den Geschwistern. Danach sind Untersuchungsergebnisse dokumentiert, das heißt zunächst einmal eine Intelligenzprüfung nach Binet-Boberg, aber auch andere Untersuchungen, wie die Ergebnisse von Encephalografien, Lumbal- oder Ventrikelpunktionen sowie Fieberkurven. Bei diesen medizinischen Eingriffen ging es darum, dass es ein Forschungsanliegen der Ärzte war, eine Korrelation von geistiger Behinderung und Gehirnanomalie festzustellen bzw. auszuschließen. Daher wurden sehr schmerzhaft und risikoreiche Eingriffe vorgenommen, die mitunter auch zum Tod führten. In diesen Fällen liest man oftmals den Satz: »Aufgrund des Allgemeinzustands wurde von kreislaufstützenden Maßnahmen abgesehen.«¹² Auf einigen Seiten sind kurze Angaben der Schwestern und der Stationsärztin zu finden, evtl. auch die Zusammenfassung eines Arztgespräches mit den Eltern. Am Ende schließlich befindet sich der Bericht des Pathologen, dem in der Regel zu entnehmen ist, dass ausnahmslos alle Organe des Leichnams untersucht, gewogen und gemessen wurden.

Diese Akten bieten sehr viele Informationen, von denen jedoch einige geschönt bzw. verfälscht sind, so in der Regel die Todesursache. Aber auch bei allen anderen Aussagen muss quellenkritisch vorgegangen werden, denn die Sicht auf die Kranken

ist von der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen und weist vielfach abwertende Formulierungen auf, wie beispielsweise das eingangs erwähnte »tief stehend« als Charakterisierung von Gerhard. Insbesondere wenn es um die Vorgeschichte geht, kommen intime Sachverhalte zur Sprache. Hier wird letztlich der Frage nachgegangen, inwieweit es eine familiäre Belastung oder Prädisposition für Krankheiten gebe. So wird vollkommen irrelevanten Phänomenen wie eine Häufung von Fehlgeburten oder der Lebenswandel der Eltern eine übergroße Wichtigkeit beigemessen.

Trotzdem ist der Wert dieser »Täterakten« groß, auch wenn man etwas über die Persönlichkeit der Kinder erfahren will. Denn es lassen sich auch folgende Berichte finden: »Dorit liegt vergnügt in ihrem Bett, ist sehr freudig, beobachtet die Schwestern genau.«¹³ »Ingrid ist oft sehr lieb und hat das Bedürfnis, mal in den Arm genommen zu werden.«¹⁴ »Ruth ist ein kleiner Frechdachs und doch kann man ihr nicht böse sein, denn sie ist gleich wieder lieb. Heute spielt Ruth mit der Puppe. Sie ist ein recht sorgsames Puppenmutterchen.«¹⁵ »Siegfried isst sehr schlecht, Gemüse überhaupt nicht, Griesbrei mit Marmelade am liebsten.«¹⁶ »Bernd lächelt und freut sich, wenn man an sein Bettchen kommt.«¹⁷ »Monika macht den Großen alles nach und freut sich, wenn alle darüber lachen. Das Kind sitzt – sich selbst überlassen – meist munter in seinem Bettchen und schaut umher; sie lacht vergnügt, wenn man sich mit ihr beschäftigt. Heute Abend war Monika sehr niedlich. Sie faltet beim Beten die Händchen und plappert alles nach.«¹⁸

Für ein personenbezogenes Erinnern – der ein zentraler Zugang von Schülerinnen und Schülern zur NS-Geschichte darstellt, wie es sich unter anderem am Beispiel von Stolpersteinen zeigen lässt – halte ich diese Krankenakten trotz der sensiblen Materie, des diffamierenden Blicks auf die Familie und trotz der speziellen ideologischen Sichtweise für sehr wichtig. Meine Bestürzung war daher groß, als mir das Landesarchiv Berlin im März 2013 mitteilte, dass die für das Geschichtslabor recherchierenden Oberstufen-Schüler und Schülerinnen nicht mehr mit den Akten arbeiten dürften. Diese 17jährigen und 18jährigen seien nicht in der Lage, mit den »Nacktfotos« der Kinder umzugehen, ließ uns die Archivarin wissen. Worauf sich diese Meinung stützte, war und ist mir unverständlich. Meine Erfahrung war vielmehr, dass sich die Schülerinnen und Schüler sehr verantwortungsvoll mit den – übrigens grafologisch schwer zu lesenden – Patientenakten auseinandersetzen.

Das personenbezogene Erinnern

Mit dem Verbot der Akteneinsicht endete zwangsläufig das Projekt der »Erinnerungswand«. Hier sollten Schülerinnen und Schüler ihre Rechercheergebnisse dokumentieren und so zu einem Überblick der Opferschicksale beitragen. Auf einem Blatt wurde der Name, das Geburtsdatum und der Grund für die Einweisung angegeben. Hier konnte sich mitunter zeigen, dass es nicht nur gesundheitliche, sondern auch soziale Gründe für eine Einweisung gab, was sehr aufschlussreich für die Intention dieser Maßnahme ist. Bemerkungen des Pflegepersonals waren – wie dargelegt – oftmals die einzige Information, die etwas über die Persönlichkeit aussagte und wurde daher berücksichtigt. Schließlich wurden die sogenannte Behandlung und die in den Akten notierte Todesursache hinzugefügt. Hier lässt sich mitunter eine unmittelbare Kausalität nachweisen: In etlichen Fällen rief die als Behandlung deklarierte Encephalografie eine Infektion hervor, in deren Folge das Kind kurze Zeit später starb. Trotzdem wurde bei der Todesursache nur »Atemstillstand sowie eine Herz- und Kreislaufschwäche«



Geschichtslabor mit Biografie-Bettchen, 2013

angeführt, wie im oben genannten Fall von Gerhard. Deutlich wird an diesem wie an anderen Beispielen, dass die Ärzte quasi den Tod herbeigeführt, weil sie trotz einer Lungenentzündung des Patienten und der damit einhergehenden Schwächung eine riskante Untersuchung des Gehirnwassers vornahmen. Das taten sie in der Regel nicht, um zur Heilung des Patienten beizutragen, sondern um ihren Forschungsinteressen nachzugehen.

Die ursprüngliche Idee war, jedes Kind mit seinem vollständigen Namen zu nennen, weil nur so tatsächlich eine Erinnerungswand entstehen würde. Doch dies war nicht umsetzbar: Die Nachnamen der Kinder mussten auf Veranlassung des Landesarchivs Berlin geschwärzt, und damit die Personen anonymisiert werden. Sowohl bei den Tafeln, die die Schülerinnen und Schüler als Arbeitsergebnis herstellten, als auch bei den Lebensläufen von Kindern, die sich in angedeuteten Bettchen befinden, dürfen keine vollständigen Namen genannt werden, sondern nur Werner K., Monika L. usw. Als Grund teilte das Landesarchiv Berlin mit, dass mit dem vollständigen Namen mögliche lebende Familienangehörige stigmatisiert werden würden, denn sie könnten womöglich als familiär belastet angesehen werden. Die Abkürzung des Namens »schützt« damit alle diejenigen, die einen Familiennamen haben, der mit einem der vielen Euthanasieopfer identisch ist.

Diese Auflagen entsprechen denen im Bundesarchiv, wie Götz Aly in seinem Aufsatz »Henry K. und Louise S. – Tote ohne Namen« ausführt.¹⁹ Eine solche Auflage ist meiner Meinung nach schwer zu vereinbaren mit einer Politik, die Inklusion in Gesellschaft und Schule umsetzen will. Allerdings gibt es auch Gedenkstätten und Archive, die einen anderen Weg gehen. So sind beispielsweise die Namen und Lebensdaten der getöteten Patienten der Kinderfachabteilung Wiens, die Abteilung »Am Spiegelgrund«, im Internet veröffentlicht. Auch die Gedenkstätte Grafeneck hat eine Datenbank mit den vollständigen Namen der Toten und diese sind öffentlich zugänglich.

Zeitzeugen- und Nachgeborenen-Interviews

In Ermangelung der Krankenakten veröffentlichte das Museum Reinickendorf im April 2013 einen Aufruf in einer Berliner Tageszeitung mit dem Ziel, dass Schülerinnen und Schüler Angehörige interviewen und auf diesem Wege mehr über die Kinder des

Schwester in einem
Krankenzimmer, 1942



Wiesengrund erfahren. Diesem Aufruf folgte nur eine Person: Es meldete sich eine Zeitzeugin aus Neukölln, deren ältere Schwester Rita behindert gewesen war. Die Eltern wurden Anfang der 1940er-Jahre aufgefordert, die Tochter im Wiesengrund vorzustellen. Sie erhielten den dringenden Rat, das Kind in eine Anstalt zu geben, wo es angeblich besser gefördert werden könne. Doch Ritas im katholischen Glauben stark verwurzelten Eltern widersetzten sich diesem Vorschlag und behielten die Tochter zu Hause, wo sie auch den Nationalsozialismus überlebte.

In diesem Zeitzeugeninterview kam nicht die Geschichte eines Opfers, sondern vielmehr einer Geretteten des Wiesengrunds zur Sprache. Über das Schicksal eines getöteten Kindes wollte – oder konnte – uns niemand etwas erzählen.

Dass es leichter ist, über eine Rettung zu berichten, zeigt das 2004 erschienene Jugendbuch »Anton oder die Zeit des unwertes Lebens« von Elisabeth Zöllner. Die Autorin schreibt über die Kindheit ihres behinderten Onkels Anton, der ebenfalls durch die Familie vor den tödlichen Maßnahmen der NS-Gesundheitspolitik gerettet wurde. Zöllner schreibt am Schluss ihres Buches: »Mein Großeltern retteten ihren Sohn (...). Dafür danke ich ihnen.«²⁰

In Familien jedoch, wo das Kind nicht vor dem Zugriff der Nazis gerettet werden konnte bzw. wo es einer »Kinderfachabteilung« oder einer anderen Anstalt anvertraut wurde, ist die Existenz dieses Kindes oftmals tabuisiert worden. Das verdeutlicht Sigrid Falkenstein in ihrem Buch »Annas Spuren« von 2012; sie rekonstruiert das Schicksal ihrer behinderten Tante, die 1940 in Grafeneck ermordet wurde. Sigrid Falkenstein schreibt in einem fiktiven Brief an ihre Tante, sie sei »fassungslos über das komplette Auslöschen aller Erinnerung an dich in unserer Familie.«²¹ Nur durch einen Zufall hatte sie den Namen ihrer Tante auf einer Liste der Gedenkstätte im Internet gefunden.

Es muss festgehalten werden, dass das Landesarchiv Berlin und das Bundesarchiv mit ihren Auflagen zum »Personenschutz« dem Verhindern von Erinnerung letztlich Vorschub leisten: Wenn in Ausstellungen und Publikationen Namen geschwärzt und Personen anonymisiert werden müssen, kommt tatsächlich kein Nachgeborener in die Verlegenheit, nach dem Verbleib eines Angehörigen zu fragen bzw. ihm – wie im Falle von Sigrid Falkenstein – auf einer Auflistung der Opfer oder auch auf einer Erinnerungswand zu begegnen.



Labor im Keller des Gebäudes Eichborndamm 238, ca. 1942

Schutz der Persönlichkeit versus Erinnerung

Ein konkretes Gedenken und ein uneingeschränkter Zugang zu personenbezogenen Materialien von NS-Opfern sind offensichtlich dort schwierig, wo es gilt, die betroffenen Personen bzw. deren Familien vor einer Stigmatisierung zu bewahren. Das betrifft heute nicht die ehemals politisch oder rassistisch Verfolgten, glücklicherweise nicht mehr die homosexuellen NS-Opfer, aber leider noch sogenannte Gemeinschaftsfremde und Euthanasieopfer. Bei Letzteren gibt es aber im Unterschied zu allen anderen Opfern die besondere Situation, dass es um die Angehörigen geht, die geschützt werden sollen. Sie sollen vor einem möglichen Verdacht bewahrt werden, Träger einer ähnlichen Krankheit zu sein – ein Argument, das man in einer Leistungsgesellschaft ernst nehmen muss, zumal wenn sich die Privatsphäre immer einfacher auskundschaften lässt. Andererseits impliziert es, dass sogar noch in den kommenden Generationen kein Name eines Opfers des Patientenmordes öffentlich gemacht werden könnte. Die Erinnerung wäre dann bis auf wenige Ausnahmen nur noch ein Ritual.

Bei den getöteten Kindern des Wiesengrunds gab es bislang durch die gezielte Recherche Kontakt mit den Angehörigen eines Opfers. Auch sie wussten bis dato nichts Genaues über das Schicksal ihres Familienmitglieds, waren aber äußerst kooperativ und sahen in der vollständigen Namensnennung kein Problem.

Ich würde mir wünschen, dass auch andere Angehörige die Chance erhalten, von dem Schicksal eines Angehörigen zu erfahren. Da die gezielte Suche in Archiven auf viele Nicht-Historiker abschreckend wirkt und sie nicht aktiv werden, verhindert die Anonymisierung oder Schwärzung der Opfernamen in Ausstellungen oder Gedenkstätten eine entsprechende Kenntnisnahme. Und darüber hinaus wünsche ich mir, dass das Landesarchiv Berlin zukünftig den Schülerinnen und Schülern die für die Durchsicht von Krankenakten notwendige Kompetenz zutraut und ihnen eine entsprechende Archivarbeit gewährt.

Besuch im Geschichtslabor nach Voranmeldung:

Museum Reinickendorf

Alt-Hermsdorf 35 | 13467 Berlin | Telefon 400092-70 | www.museum-reinickendorf.de
Gruppen ab 6 Personen

Sabine Hillebrecht ist Studienrätin am Friedrich-Engels-Gymnasium in Berlin und Lehrkraft für besondere Aufgaben an der HU Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften. Sie erarbeitete das Konzept für das Geschichtslabor Wiesengrund und kuratierte die Ausstellung »Auf freundlichen Zuspruch lächelt das Kind.« Die medizinischen Verbrechen in der Städtischen Nervenlinik für Kinder 1941–1945«, die 2013 im Museum Reinickendorf gezeigt wurde.

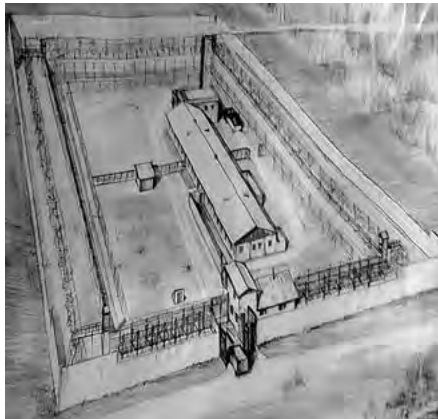
- 1 Vgl.: Städtische Nervenlinik für Kinder, Patientenakte Gerhard V., in: Landesarchiv Berlin, A Rep. 003-04-16, Nr. 1163.
- 2 Sabine Damm, Norbert Emmerich: Die Irrenanstalt Dalldorf – Wittenau bis 1933. Die Anfänge des Berliner Irrenwesens, in: Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der Karl-Bonhoeffer-Nervenlinik (Hg.): TOTGESCHWIEGEN 1933–1945. Zur Geschichte der Wittenauer Heilstätten, seit 1957 Karl-Bonhoeffer-Nervenlinik, Berlin 1989, 2. Aufl., S. 15 ff.
- 3 Sabine Hillebrecht: »Auf freundlichen Zuspruch lächelt das Kind«. Die Kinder, die Ärzte und die medizinische Praxis in der Städtischen Nervenlinik für Kinder 1941–1945, in: Bezirksamt Reinickendorf von Berlin (Hg.): »Auf freundlichen Zuspruch lächelt das Kind«. Die medizinischen Verbrechen in der Städtischen Nervenlinik für Kinder 1941–1945, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, Berlin 2013, S. 17ff.
- 4 Abschlussbericht über die Planung in Baden (Juli 1942, verfasst von R. Müller), BArch, R96-I/16. Zitiert nach: Götz Aly: Die Belasteten. »Euthanasie« 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte, Frankfurt/Main 2013, S. 192.
- 5 Martina Krüger: Kinderfachabteilung Wiesengrund. Die Tötung behinderter Kinder in Wittenau, in: TOTGESCHWIEGEN 1933–1945, a.a.O., hier S. 152. Und Ernst Klee: »Euthanasie« im Dritten Reich. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Vollständig überarbeitete Neuausgabe. Frankfurt/Main 2010, S. 334 und 674 ff.
- 6 Sabine Hillebrecht, a.a.O., S. 25f.
- 7 Martina Krüger, a.a.O., S. 162–164.
- 8 Sabine Hillebrecht: Epilog zur »Kinderfachabteilung« Wiesengrund, in: »Auf freundlichen Zuspruch lächelt das Kind«, a.a.O., hier S. 86.
- 9 Martina Krüger, a.a.O., S. 151.
- 10 Sabine Hillebrecht/Gerd Kühling: Der 5000. Stolperstein in Berlin, in: Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, Kulturprojekte Berlin GmbH (Hg.): Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge, Berlin 2013, S. 27.
- 11 Ulrich Mayer: Historische Orte als Lernorte, in: Ulrich Mayer, Hans-Jürgen Pandel, Gerhard Schneider (Hg.): Handbuch Methoden im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Taunus 2013, 4. Aufl., S. 389 ff.
- 12 Beispielsweise bei Wolfgang L. Vgl.: Städtische Nervenlinik für Kinder, Patientenakte Wolfgang L., in: LAB, A Rep. 003-04-16, Nr. 418.
- 13 Städtische Nervenlinik für Kinder, Patientenakte Dorit D, in: LAB, A Rep. 003-04-16, Nr. 1170.
- 14 Städtische Nervenlinik für Kinder, Patientenakte Ingrid K., in: LAB, A Rep. 003-04-16, Nr. 1183, Eintrag vom 11. 12. 1943.
- 15 Städtische Nervenlinik für Kinder, Patientenakte Ruth R., in: LAB, A Rep. 003-04-16, Nr. 724, Einträge vom 25. 12. 43 und 21. 1. 44.
- 16 Städtische Nervenlinik für Kinder, Patientenakte Siegfried G., in: LAB, A Rep. 003-04-16, Nr. 488, Eintrag vom 27. 11. 44.
- 17 Städtische Nervenlinik für Kinder, Patientenakte Bernd Ingmar P., in: LAB, A Rep. 003-04-16, Nr. 486.
- 18 Städtische Nervenlinik für Kinder, Patientenakte Monika D. in: LAB, A Rep. 003-04-16, Nr. 726.
- 19 Götz Aly: Die Belasteten. »Euthanasie« 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte, Frankfurt/Main 2013, S. 9ff.
- 20 Elisabeth Zöller: Anton oder die Zeit des unwerten Lebens, Frankfurt/Main 2004, S. 218.
- 21 Sigrid Falkenstein: Annas Spuren. Ein Opfer der NS-»Euthanasie«, München 2012, S. 17.

Die Gedenkstätte »Perm-36« in Russland

SOLIDARITÄT MIT EINEM BEDROHTEN ORT DER ERINNERUNG
AN GULAG UND POLITISCHE REPRESSIONEN

Daniel Seifert

Die Gedenkstätte »Perm-36« in Russland ist einmalig: Sie ist der einzige Erinnerungsort ihrer Art auf dem Gelände eines ehemaligen Lagers des stalinistischen Terrors und der politischen Repressionen in der ehemaligen UdSSR. Das Besondere an »Perm-36« ist nicht zuletzt der zivilgesellschaftliche Ursprung und der dort über viele Jahre gepflegte offen-kritische Dialog über Demokratie, Menschenrechte und weltanschauliche Fragen. Die Geschichte des dort zwischen 1946 und 1988 existierenden Lagerkomplexes umfasst drei Phasen, die durch unterschiedliche Häftlingsgruppen sowie Arbeits- und Lebensbedingungen gekennzeichnet sind. Nach der offiziellen Schließung von »Perm-36« im Jahr 1988 wurde das Gelände teilweise als Klinik für psychisch kranke Menschen genutzt. Nur Dank der unermüdlichen Initiative ehemaliger Häftlinge und engagierter Bürger konnte der historische Ort jedoch gerettet werden.



links: Zeichnung des von 1946 bis 1953 existierenden Lagers »ITK-6«.
Fotos: Daniel Seifert

rechts: Zeichnung des 1980 zusätzlich errichteten »besonderen Haftregimes«

Mitte der 1990er-Jahre eröffnete schließlich die »Gedenkstätte für die Opfer politischer Repressionen« mit dem Namen »Perm-36«¹. Mithilfe von Fördergeldern ausländischer Stiftungen und der Permer Gebietsverwaltung entwickelte sich »Perm-36« zu einem international bedeutsamen Erinnerungs- und Begegnungsort. In verschiedenen Projekten arbeitet die Gedenkstätte seit vielen Jahren mit Partnern aus aller Welt zusammen. Seit 2011 besteht ebenso eine Kooperation mit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (u.a. Trägerin der Gedenkstätte Bergen-Belsen).² Gemeinsam mit dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau und der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz konnten 2013 und 2014 Fortbildungsprogramme für Fachkräfte der schulischen und außerschulischen Bildung umgesetzt werden.³ Dazu trafen sich die Teilnehmenden jeweils in den Gedenkstätten Bergen-Belsen, Auschwitz-Birkenau und »Perm-36«. Sie reflektierten über nationale Deutungsmuster der staatlichen Verbrechen sowie die transnationalen Bedeutungen der NS- und der Gulag-Verbrechen durch einen vergleichenden, differenzierten und nicht gleichsetzenden Blick. In Bezug auf eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur können insbesondere Menschen-

rechte eine verbindende Wertebasis darstellen. Im besonderen Fokus dieser mehrtägigen Begegnungen stand deshalb die Frage, wie an Orten von Massengewaltverbrechen des 20. Jahrhunderts Menschenrechte in Vergangenheit und Gegenwart thematisiert werden können.⁴

Das diesjährige Treffen in Perm fand vom 21. bis 25. Juli statt. Bereits die Vorbereitungen verliefen schwierig, da unser Partner »Perm-36« Anfang des Jahres zwangsweise verstaatlicht wurde und sich seit dem massiven Repressalien durch die Permer Gebietsverwaltung ausgesetzt sieht. Der Staat möchte den Erinnerungsort umgestalten und diesem ein anderes patriotisches Geschichtsbild verleihen. Mit der Verstaatlichung einher gingen die Streichung sämtlicher öffentlicher Gelder und der Beginn einer politischen Hetzkampagne einflussreicher Medien. Die Mitarbeiter und Unterstützer von »Perm-36« müssen sich zudem von neostalinistischen Aktivisten als Staatsfeinde und Faschisten böseartig verleumden lassen. Seit Sommer ist die Gedenkstätte faktisch geschlossen, sämtliche Bildungsprojekte mussten eingestellt werden und den Mitarbeitenden der bisherigen, nicht-staatlichen Trägerorganisation »Perm-36« wird der Zugang zum Gelände nur noch eingeschränkt gewährt.

Die Geschichte des Lagerkomplexes »Perm-36«

Perm liegt circa 1500 Kilometer nordöstlich von Moskau und ist die Hauptstadt der gleichnamigen Region. Während der Stalin-Herrschaft befanden sich in der Region zahlreiche Gulag⁵-Lager, in deren Umgebung die Häftlinge Zwangsarbeit beim Bau von Straßen, Eisenbahnlinien, Kraftwerken oder in der Land- und Holzwirtschaft leisten mussten. Etwa hundert Kilometer östlich der Stadt Perm entstand 1946 am Westrand des Uralgebirges, nahe des Dörfchens Kuchino, die Besserungsarbeitskolonie »ITK-6«⁶. Ohne maschinelle Hilfsmittel und im Winter bei bis zu minus dreißig Grad mussten die Inhaftierten in den umliegenden Waldgebieten Bäume fällen und zum nahen Fluss Tschussowaja transportieren. Die Häftlinge dieser ersten Lagerphase waren vermeintliche Kriminelle, Personen, die des Diebstahls von sozialistischem Eigentum⁷ bezichtigt wurden sowie Menschen, die unerlaubt aus der Verteidigungsindustrie ausgeschieden sind.⁸

Viele Lagerpunkte des Gulags jener Zeit existierten nur solange an einem Ort, bis die jeweiligen Arbeitseinsätze beendet waren. Danach mussten die Häftlinge die Lager abbauen und an einem anderen Ort in der UdSSR wieder errichten, um ein neues »Projekt« zu beginnen. Das anfangs verhältnismäßig kleine Lager ITK-6 wurde nicht verlegt, da es wegen seiner günstigen Lage am Tschussowaja-Fluss eine wichtige Rolle in der staatlichen Holzindustrie spielte. Wenn das Wasser des Flusses im Frühjahr seinen Höchststand erreichte, konnten die von den Häftlingen gefällten Baumstämme stromabwärts relativ einfach in Richtung der Stadt Perm geschwemmt werden. Der Staat erweiterte das Lager, sodass ein von Stacheldrahtzaun umgebenes Gelände mit vier hölzernen Baracken für jeweils 250 Insassen entstand. In den Baracken mussten die Häftlinge meist ohne Decken oder Kissen auf puren Holzpritschen liegen. Unbeugsame Häftlinge isolierte das Lagerpersonal bei reduzierter Lebensmittelration in einer gesonderten Baracke. Auf dem Gelände befanden sich zu dieser Zeit außerdem eine Krankenstation und ein Badehaus. Um mehr Holz aus den Wäldern gewinnen zu können, wurden motorisierte Fahrzeugen angeschafft und außerhalb des Lagerzauns entstanden eine Werkstatt und eine Schmiede.



Nach Stalins Tod im Jahr 1953 kamen etwa 1,7 Millionen Gulag-Häftlinge in der UdSSR frei.⁹ Die neue Staatsführung unter Generalsekretär Nikita Chruschtschow löste das Gulag-System schrittweise auf und ließ zahlreiche Lager schließen. Das Lager ITK-6 wurde jedoch nicht geschlossen, sondern mit einer anderen Ausrichtung weiter genutzt. In der zweiten Phase ab 1954 wurden eben jene Funktionsträger des stalinistischen Sicherheitsapparats zu Gefangenen, die zuvor selbst Menschen verfolgt, verurteilt und eingesperrt hatten: hochrangige Offiziere und Generäle, Mitarbeiter von NKWD und MGB¹⁰, Polizisten sowie Ankläger und Richter.¹¹ Da viele der früheren Staatsbeamten den Inhaftierungsort gut kannten, gab es umfangreiche Änderungen im lagereigenen Sicherheitssystem. Trotz dieser Maßnahmen erfuhren die neuen Gefangenen im Vergleich zu ihren Vorgängern eine deutlich bessere Behandlung. Zwar mussten sie auch in der lagereigenen Holzindustrie arbeiten, jedoch erhielten sie beispielsweise eine bessere Verpflegung.¹²

In der dritten Phase ab 1972 hieß das Lager nicht mehr ITK-6, sondern »VS-389-36«. Daraus abgeleitet und um die Nähe zur Stadt Perm anzudeuten, prägten die Häftlinge den Namen »Perm-36«, den bis heute die Gedenkstätte am selben Ort trägt. Unweit errichtete der Staat zwei ähnliche Lager: »VS-389-35« und »VS-389-37«. Gemeinsam bildeten sie das sogenannte Permer Dreieck. Die Insassen der Lager waren vor allem politische Gefangene, die der Staat zu seinen größten Feinden stilisierte: Angehörige der 1976 gegründeten Moskauer Helsinki-Gruppe; Systemkritiker, die im Selbstverlag (»Samisdat«¹³) Menschenrechtsverletzungen anprangerten¹⁴; Vertreter der nationalen Bewegungen der UdSSR¹⁵; und »ehemalige Partisanen, die in den 1940er- und 1950er-Jahren im Baltikum und in der Ukraine für die Unabhängigkeit ihrer Länder von der UdSSR gekämpft hatten«¹⁶. Unter allen Straflagern für politische Gefangene in diesen Jahren herrschten in »Perm-36« die schärfsten Haftbedingungen. So entstand 1980 unweit vom bereits existierenden Lagerbereich die Baracke mit »besonderem Haftregime«, in dem die zu zehn Jahren Haft verurteilten Gefangenen unter höchster Geheim-

Baracke des »besonderen Haftregimes«
22. Juli 2014. Foto:
Magdalena Urbaniak

haltung und mit schärfsten Sicherheitsvorkehrungen vollständig von der Außenwelt isoliert wurden. Außer ihren Zellengenossen und den Wächtern bekamen die Gefangenen niemanden zu sehen. In einer Zelle befanden sich zwischen zwei und sechs Häftlingen. Neben den »Wohnzellen« gab es »Arbeitszellen«. In die Zellen drang kein Tageslicht und im Winter herrschte dort bittere Kälte. Nur einmal täglich durften die Häftlinge für 45 Minuten in einem winzigen, mit Stacheldraht überspannten Hofraum an die frische Luft. In diesem Zustand und ohne Kenntnis der Mehrheit der Bevölkerung existierte »Perm-36« bis 1988. Erst im Zuge der Perestroika-Politik unter Michail Gorbatschow wurden die Häftlinge entlassen und das Lager endgültig geschlossen.

Ein Erinnerungs- und Begegnungsort der besonderen Art

Zwei Jahre nach Schließung des Lagers zerstörten Einheiten des Permer Strafvollzugsapparats die kompletten Sicherheitsanlagen im vormaligen »besonderen Haftregime«. Vermutlich sollten damit Beweise für die dort verübten Verbrechen vernichtet werden. Zudem demontierten Bewohner des umliegenden Dorfes Kuchino Teile des Lagers und nutzten diese als Baumaterial.

Der Staat übergab wenig später einen Abschnitt des ehemaligen Lagerkomplexes an die Permer Behörde für soziale Wohlfahrt, die dort eine Klinik für psychische kranke Menschen einrichtete. Erst mit einem Treffen ehemaliger politischer Häftlinge 1992, anlässlich des 20. Jahrestages der Einrichtung der »Permer Politlager« 1972, rückte die Erinnerung an »Perm-36« wieder stärker in den Vordergrund. Bei einem anschließenden Besuch sahen sich die ehemaligen Gefangenen gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern nicht nur mit den dort verübten Verbrechen, sondern auch mit dem insgesamt sehr schlechten Zustand des Areals konfrontiert. In der Folge wurden einige von ihnen aktiv. Vom Staat erhielten sie die Erlaubnis, sich auf dem Gelände zu engagieren und so den Ort und seine Geschichte wieder sichtbar zu machen. Langfristig war es ihr Ziel, einen Erinnerungsort mit Museum zu errichten. Zu den damaligen Schlüsselpersonen zählten Viktor Schmyrow, der spätere Direktor der Gedenkstätte »Perm-36« und Aleksandr Kalich, Vorsitzender der Permer Abteilung der internationalen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL. Die Aktivisten verlegten gemeinsam Fußböden neu, montierten Türen sowie Fenster und reparierten Dächer und Raumdecken. Zudem bildeten sie an das historische Vorbild angelehnte Alarm- und Zaunanlagen nach. Bei all diesen ehrenamtlichen Arbeiten wurden sie bald von weiteren Freiwilligen im Rahmen von Workcamps unterstützt.

Im Dezember 1995 konnte schließlich die Gedenkstätte »Perm-36« eröffnet werden. Als Träger wurde eine nicht-staatliche Organisation¹⁷ gegründet, in deren Vorstand sich neben ehemaligen Häftlingen auch Vertreterinnen und Vertreter von MEMORIAL sowie Bürgerinnen und Bürger engagierten. Parallel zum Aufbau der Gedenkstätte wurden an Permer Universitäten umfangreiche wissenschaftliche Forschungen zur Geschichte des Lagers betrieben. Mithilfe der neuen Erkenntnisse konnten Führungen ausgeweitet, pädagogische Programme entwickelt und eine Dauerausstellung zum Thema »Gulag: Geschichte, Arbeit und Leben« eröffnet werden. Diese Ausstellung besteht aus historischen Schriftstücken, Fotos und Alltagsgegenständen. Nicht zuletzt dieses Museum macht die Gedenkstätte »Perm-36« einzigartig in Russland und steht damit stellvertretend für die Erinnerung an den gesamten Gulag-Terror und die Millionen vergessener Opfer in der ehemaligen UdSSR. Neben der Dauerausstellung entstanden Einzelausstel-



Hauptbühne beim
Pilorama-Festival
26. Juli 2012.
Foto: Daniel Seifert



Dauerausstellung
»Gulag: Geschichte,
Arbeit und Leben«
22. Juli 2014.
Foto: Daniel Seifert

lungen zur Geschichte von ITK-6 und VS-389-36 wie auch zur Dissidentenbewegung in der Sowjetunion sowie verschiedene Wanderausstellungen, die an mehreren Orten in Russland gezeigt wurden.

Mit der Zeit erkannten nicht nur verschiedene ausländische Stiftungen, sondern bemerkenswerterweise auch die Permer Gebietsverwaltung die Bedeutung und das Potenzial von »Perm-36«. Auf diese Weise ergab sich eine für Russland außergewöhnliche Finanzierung der Gedenkstättenarbeit aus staatlichen und nicht-staatlichen Geldern. Die Mittel wurden u.a. eingesetzt, um weitere historische Lagerteile zu erhalten bzw. zu rekonstruieren sowie Seminar- und Aufenthaltsräume einzurichten. Dadurch konnte die Gedenkstätte entscheidend weiterentwickelt werden. Trotz der positiven Entwicklung stellten die Abgeschiedenheit, die einfache Ausstattung der Gedenkstätte und die insgesamt noch zu geringen Finanzmittel eine fortwährende Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund ist es umso höher zu bewerten, dass »Perm-36« seit Jahren zahlreiche Projekte und Veranstaltungen erfolgreich umsetzt. Dazu gehören Fortbildungen für Geschichtslehrerinnen und -lehrer in Zusammenarbeit mit dem Permer Bildungsministerium, Sommerschulen für Museologinnen, Museologen und internationale Jugendbegegnungen. Auch mit deutschen Partnern gibt und gab es Kooperationen. Neben dem eingangs erwähnten gemeinsamen Fachkräfteprogramm fanden zum Beispiel Projekte mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und den Universitäten Jena¹⁸ und Bremen¹⁹ statt.

Internationale Strahlkraft hat die Gedenkstätte außerdem durch das jährlich an drei Tagen im Sommer stattfindende »Pilorama-Festival«. Pilorama bedeutet aus dem Russischen übersetzt Sägewerk. An dieser Maschine, die noch im Original auf dem Gelände existiert, mussten die Häftlinge früher Baumstämme zerkleinern. Angefangen hat alles 2005 in eher kleinem Kreis, als ehemalige Häftlinge sowie Unterstützerinnen und Unterstützer auf dem historischen Lagergelände zusammenkamen und das zehnjährige Bestehen der Gedenkstätte feierten. Nachdem das erste Pilorama erfolgreich war, fand es in den folgenden Jahren jeden Sommer statt. Dabei entwickelte sich das Festival programmatisch enorm weiter und wurde bald von Tausenden Gästen aus aller Welt besucht.

Wie bei einem Festival üblich, standen in dieser Zeit auf einer großen Wiese vor dem Gedenkstättenengelände Hunderte Zelte, wo Menschen unterschiedlichen Alters schliefen, kochten, diskutierten und sangen. Wer noch nicht dort war, stellt sich unwillkürlich die Frage, wie Gedenkstätte und Festival zusammenpassen. Das Konzept basiert auf einem kreativen und dialogorientierten Ansatz.

Während Pilorama finden auf und neben dem Gedenkstättenengelände musikalische Darbietungen, Theateraufführungen, Ausstellungen, Lesungen und Diskussionsrunden statt. Daran beteiligt sind bis zu 200 in- und ausländische Referentinnen und Referenten aus unterschiedlichen Bereichen. Es handelt sich um ehemalige politische Häftlinge, Künstler, Politiker und Regierungsvertreter, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Juristen. Pilorama bringt sie zusammen und bietet ihnen vor dem Hintergrund der Geschichte des Ortes eine Plattform, sich mit der Erinnerung an die Verbrechen auseinanderzusetzen, aber auch kritisch über die aktuelle Situation von Demokratie und Menschenrechten in Russland zu diskutieren. Einige Jahre war all dies ohne Einschränkungen von staatlicher Seite möglich. Die Permer Gebietsverwaltung trug sogar einen wesentlichen Anteil der Kosten und der damalige Gouverneur Oleg Tschirkunow



war selbst Gast bei Pilorama. Erste Anzeichen, dass die Zukunft dieses einzigartigen Festivals keineswegs sicher ist, gab es 2012, nachdem der im Mai ins Präsidentenamt zurückgekehrte Wladimir Putin den gegenüber der Gedenkstätte wohl gesonnenen Tschirkunow auswechselte. Kurz nach dessen Amtsantritt versuchte der neue Gouverneur Wiktor Bassargin Pilorama zu unterbinden, wogegen sich die Organisatoren jedoch noch erfolgreich wehren konnten. Während des Festivals mischten sich deutlich sichtbar Mitglieder der neostalinistischen Organisation »Sut' Vremeni«, zu Deutsch »Wesen der Zeit«, unter die Gäste. Der Anführer der Organisation, Wladimir Kurginjan, begreift den Zusammenbruch der Sowjetunion, ähnlich wie Putin, als persönliche Tragödie.²⁰ Die Neostalinisten bezichtigen »Perm-36«, ein falsches Geschichtsbild darzustellen und bezeichnen Pilorama als »liberalen Hexensabbat«²¹. Angesichts der geschilderten Ereignisse ist es kein Zufall, dass Pilorama in jenem Jahr leider zum bislang letzten Mal stattfand. Für das Festival 2013 war bereits alles organisiert, als kurz vor Beginn die neue Permer Gebietsverwaltung die bereits zugesagten Gelder unter anderem mit der fadenscheinigen Begründung zurückzog, es seien nicht ausreichend sanitäre Anlagen auf dem Gelände vorhanden.

Führung durch das
»besondere Haft-
regime« 22. Juli 2014.
Foto: Daniel Seifert

Die schwierige Situation der »NGO »Perm-36« im Jahr 2014

Sowohl in der ersten Amtszeit von Wladimir Putin als Präsident (2000–2008) als auch unter seinem Nachfolger Dmitri Medwedew (2008–2012) nahm »Perm-36« eine sehr positive Entwicklung. Medwedew rief am Ende seiner Präsidentschaft sogar ein auf »Perm-36« zugeschnittenes föderales Programm unter der Überschrift »Zum Gedächtnis an die Opfer politischer Repressionen« aus. Das Programm wurde vom Menschenrechtsrat beim Präsidenten für den Zeitraum 2014 bis 2018 erarbeitet und sollte ausgewählte Erinnerungsorte in Russland langfristig finanziell fördern. Auch der alte neue Präsident Wladimir Putin hielt sich zunächst daran fest. Die Gedenkstätte »Perm-36« hat sich im vergangenen Jahr um eine Aufnahme in dieses Programm beworben. Die Bewerbung

war erfolgreich und die Gedenkstätte bekam den Status eines national bedeutenden Erinnerungsortes zugesprochen. Der Staat stellte insgesamt 400 Millionen Rubel Förderung, umgerechnet etwa acht Millionen Euro, in Aussicht.²² Mit diesem Geld sollten zum einen ausstehende Restaurierungs- und Rekonstruktionsarbeiten auf dem Gelände weitergeführt und zum anderen »Perm-36« zu einem zukunftssträchtigen Lernort für unterschiedliche Zielgruppen entwickelt werden. Auf Basis der langjährigen wissenschaftlich-pädagogischen Expertise verfolgt die Gedenkstättenleitung schon länger die Vision, ein Europäisches Demokratiebildungszentrum aufzubauen.

Noch bis Anfang 2014 konnte sich »Perm-36« ernsthafte Hoffnungen machen, diese Idee zu verwirklichen. Doch bevor erste Schritte in diese Richtung gegangen werden konnten, zwang die lokale Regierung die Gedenkstätte in staatliche Trägerschaft. Dementsprechend bestimmte fortan die Permer Gebietsverwaltung über Territorium, Gebäude und Finanzen der Gedenkstätte. Die Pläne für die Verstaatlichung wurden zunächst hinter dem Rücken der »NGO »Perm-36« entwickelt. Nach dem die Behörden der NGO ihre Absichten »kommunizierte«, konnte diese dem Staat zwar nach langwierigen Verhandlungen einen offiziellen Vertrag abringen, in dem Rechte und Pflichten beider Seiten festgelegt sind. Dieser Vertrag wurde allerdings bis heute von staatlicher Seite nicht unterzeichnet.

Bis Ende Mai 2014 war die Mitbegründerin der Gedenkstätte, Tatiana Kursina, Direktorin der Gedenkstätte. Mit der nun direkten staatlichen Einflussnahme begannen aber die Probleme. Die Permer Gebietsverwaltung begann in der Folge mit verschiedenen Schikanen, die »Daumenschrauben« gegenüber der NGO sukzessive anzuziehen. Zuerst unterwanderte sie die geplante Weiterentwicklung von »Perm-36«, indem sie ihre langjährige finanzielle Unterstützung komplett einstellte. Die Direktorin Tatiana Kursina war nun gezwungen, ohne jegliche staatliche Hilfe Gelder für die weitere Arbeit der Gedenkstätte einzuwerben.

Nur kurze Zeit später fiel schließlich auch Kursina der aggressiven Politik gegen »Perm-36« zum Opfer und wurde im Mai entlassen. Seitdem ist »Perm-36« komplett in staatlicher Hand. Die Permer Gebietsverwaltung begründete den Schritt mit der diffamierenden Behauptung, Kursina sei eine »ineffiziente Managerin« gewesen und habe sich nicht an Vereinbarungen gehalten. Ihre Nachfolgerin ist seitdem eine Funktionärin der Putin-Partei »Einiges Russland«.

Auf diesen weiteren drastischen Rückschlag folgte eine medial inszenierte politische Hetzkampagne gegen »Perm-36«. Diese erreichte mit einem Anfang Juni ausgestrahlten Beitrag des für seine propagandistische Berichterstattung berühmten Kremlnahen Senders NTW ihren Höhepunkt. In dem Beitrag werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Unterstützende der Gedenkstätte böse als Mitglieder einer »fünften Kolonne« verleumdet und der Zusammenarbeit mit dem feindlichen Ausland bezichtigt. Dem nicht genug wird »Perm-36« für den aktuellen Krieg in der Ostukraine instrumentalisiert: In »Perm-36« würden – finanziert durch das Innenministerium der USA – Faschisten und Bandera-Anhänger²³ glorifiziert, während aufrichtige russische Volksleute gegen ukrainische Faschisten kämpften. Zudem bezichtigt der für die Gedenkstätte zuständige Permer Kulturminister Igor Gladnew »Perm-36«, dem russischen Volk ein falsches Geschichtsbild zu diktieren. In dieselbe Richtung gehen die Aussagen von Mitgliedern der neostalinistischen Organisation »Wesen der Zeit« sowie zwei ehemaligen Aufsehern, die ebenfalls in dem halbstündigen Film befragt werden.



Demnach seien im Lager ausschließlich Nazi-Kollaborateure und Staatsfeinde inhaftiert gewesen, die dort ihre rechtmäßige Strafe verbüßt hätten.²⁴ Diese Äußerungen verfälschen bewusst die Geschichte, da sie auf unwahren Tatsachen beruhen. Richtig ist, dass es im Lager unterschiedliche Häftlingsgruppen gab, darunter auch Nazikollaborateure und Kriegsverbrecher. Diese stellten jedoch eine Minderheit dar. Darüber hinaus ist die Gedenkstätte nicht ihnen, sondern den Menschen gewidmet, die unter Stalin und den späteren Regimen verfolgt und Anfang der 1990er-Jahre vollständig rehabilitiert wurden.²⁵

Inwieweit Präsident Putin bei all diesen Maßnahmen direkt Einfluss genommen hat, bleibt unklar. Es ist aber sicher kein Zufall, dass parallel zu den Entwicklungen um »Perm-36« die russische Regierung die Umsetzung des millionenschweren Förderprogramms für Gedenkstätten hinauszögert und hintertreibt. So stellte ausgerechnet das zuständige Kulturministerium die prinzipielle Notwendigkeit des Programms infrage und beklagte dessen angeblich zu hohe Kosten und bürokratische Hürden.²⁶

Seit Juli ist »Perm-36« faktisch geschlossen, Strom und Wasser wurden abgestellt. Im Moment entscheidet die neue staatliche Direktorin über die Gedenkstätte. Durch die Einstellung sämtlicher staatlicher Mittel können die Mitarbeitenden der »NGO« »Perm-36« nicht mehr bezahlt und geplante Bildungsprojekte mussten bis auf Weiteres gestoppt werden. Besuchergruppen dürfen die Gedenkstätte nur noch eingeschränkt betreten, ausländischen Gästen wurde der Besuch im Sommer ohne Angabe von Gründen sogar generell untersagt.

Vom 21. bis 25. Juli 2014 fand in Perm das dritte Seminar im Rahmen des transnationalen Fachkräfteprogramms der Gedenkstätten Bergen-Belsen, Auschwitz-Birkenau und »Perm-36« statt. Für den 22. Juli war ein Besuch der Gruppe in »Perm-36« geplant. In Abstimmung mit der ehemaligen Direktorin Tatiana Kursina entschied das Leitungsteam, die Gedenkstätte trotz des Verbots zu besuchen. Etwas überraschend gelangte die Gruppe ohne Probleme auf das Gelände und konnte am Vormittag gemeinsam

Blick auf das 1980
errichtete Lagerhaupt-
gebäude 25. Juli 2013.
Foto: Sabine Bergmann

mit einem erfahrenen Guide die Gedenkstätte erkunden. Während der Mittagspause auf dem Gelände traten der Gruppe jedoch unerwartet vier Beamte von Polizei und föderaler Migrationsbehörde gegenüber. Ausschließlich auf Russisch, ohne Angabe von Gründen und in rauem Ton kontrollierten sie – einem Verhör ähnlich – die Pass- und Aufenthaltspapiere von jedem Gruppenmitglied.²⁷ Nachdem die Beamten alle Dokumente überprüft und keine Fehler festgestellt hatten, konnte die Führung ohne weitere Beeinträchtigungen fortgesetzt werden. Am historischen Ort der Verfolgung von Andersdenkenden und Menschenrechtsaktivisten so behandelt zu werden, hat jedoch bei allen Teilnehmenden einen starken negativen Eindruck hinterlassen.

Blick in eine ungewisse Zukunft

Mit »Perm-36« droht, ein weltweit einzigartiger Ort der Erinnerung an die Opfer von Gulag-Verbrechen und politischen Repressionen in der ehemaligen UdSSR unterzugehen. Die Existenz der Gedenkstätte ist der langjährigen, beharrlichen Aufbauarbeit ehemaliger Häftlinge sowie zahlreicher engagierter Bürgerinnen und Bürger zu verdanken. Heute, über zwanzig Jahre und viele erfolgreich umgesetzte Projekte später, stehen die Mitarbeitenden der »NGO »Perm-36« vor dem Nichts. Seit der neuerlichen Präsidentschaft Putins 2012 und dem Austausch des Permer Gouverneurs im selben Jahr, führt der Staat eine Zerstörungskampagne gegen die Gedenkstätte. Die Permer Gebietsverwaltung, die mit der nichtstaatlichen Trägerorganisation lange Jahre gut zusammenarbeitete und den Erinnerungsort maßgeblich mitfinanzierte, hat innerhalb kürzester Zeit die Übernahme von »Perm-36« vollzogen und die NGO nach und nach »ausgetrocknet«. Die Mitarbeitenden der NGO erhalten mittlerweile nur noch eingeschränkt Zugang zu »ihrer« Gedenkstätte. Was mit den Ausstellungen und den historischen Hinterlassenschaften auf dem Gelände passiert, obliegt der Entscheidung des Staates.

Die tiefe Sorge der Unterstützenden ist berechtigt, denn was die Permer Gebietsverwaltung mit »Perm-36« vorhat, ist nach den dramatischen Ereignissen im Sommer offenkundig: Auf Anweisung der neuen Direktorin zerstörten staatlich beauftragte Arbeiter bereits eine historische Torschleuse, deren Restauration bevorstand. Außerdem soll mittelfristig am Ort der früheren Staatsverbrechen ein anderes, positive Identität stiftendes Geschichtsbild vermittelt werden. Die Rede ist von Projekten zur »patriotischen Erziehung der Jugend«²⁸ und der Neugestaltung der Ausstellung unter Einbezug des Veteranenverbands ehemaliger Aufseher des Strafvollzugsdienstes. Eine differenziert geführte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und zivilgesellschaftliches Engagement bei der Aufarbeitung wird in diesem Szenario kein Raum mehr gelassen.

Über den Fall »Perm-36« haben im Laufe des Sommers durchaus einige ausländische Medien berichtet.²⁹ Eine umfangreiche internationale Berichterstattung, die das Thema verdient hätte, hat es jedoch bislang nicht gegeben. Um eine breite Weltöffentlichkeit auf die Situation von »Perm-36« aufmerksam zu machen, hat die Permer Abteilung der Menschenrechtsorganisation »MEMORIAL« eine Online-Petition ins Leben gerufen. Darin werden die Geschehnisse um »Perm-36« angeklagt, verbunden mit der Forderung an den russischen Präsidenten und den Permer Gouverneur Bassargin, die Gedenkstätte auf Basis der zivilgesellschaftlich-staatlich vereinbarten Zusammenarbeit wiederzu-eröffnen und Tatiana Kursina als Direktorin zurückzuberufen.³⁰ Die bislang von fast 70 000 Menschen unterzeichnete Petition scheint etwas zu bewirken. So fanden jüngst

Gespräche zwischen der russischen Präsidialverwaltung, der Permer Gebietsverwaltung und Vertreterinnen sowie Vertretern der Zivilgesellschaft statt. Im Ergebnis konnte Michail Fedotow, Vorsitzender des Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten, Putin abringen, sich zur Umsetzung des föderalen Gedenkstättenprogramms zu bekennen.³¹ Inwieweit Putin Glauben zu schenken ist, ist angesichts der Ereignisse der letzten Monate allerdings fraglich. Darüber hinaus wurde ein Beirat eingerichtet, der über die Zukunft von »Perm-36« beraten soll. Das Gremium wird von Wladimir Lukin, dem ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten des russischen Parlaments, geleitet und setzt sich paritätisch aus je drei staatlichen und nicht-staatlichen Mitwirkenden³² zusammen. Es ist zwar nicht davon auszugehen, dass die Verstaatlichung der Gedenkstätte rückgängig gemacht wird. Allerdings besteht mit der Einrichtung des Beirats zumindest vorsichtiger Anlass zur Hoffnung, dass »Perm-36« nicht endgültig zerstört wird.

Daniel Seifert ist wissenschaftlich-pädagogischer Mitarbeiter der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Er arbeitet im EU-geförderten Projekt »Entrechtung als Lebenserfahrung« in Celle und in der Abteilung Bildung und Begegnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

- 1 Der Name »Perm-36« wird im Text je nach Kontext entweder für das Lager oder für die Gedenkstätte verwendet.
- 2 Seit Anfang der 1990er-Jahre besteht eine Partnerschaft zwischen Perm und dem Land Niedersachsen, www.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=7023&article_id=19596&psmand=1000; Zugriff am 30. 9. 2014.
- 3 Der Autor dieses Beitrags ist Koordinator der Fachkräfteprogramme und hat »Perm-36« in diesem Rahmen 2013 und 2014 besucht. Erstmals war er 2012 auf Einladung der »NGO »Perm-36« dort, um am »Pilorama-Festival« der Gedenkstätte (detaillierte Informationen, siehe Seite 5 dieses Beitrags) teilzunehmen. Die Ausführungen in diesem Beitrag gründen maßgeblich auf seinen gewonnen Erkenntnissen vor Ort und ausführlichen Gesprächen mit den Permer Kolleginnen und Kollegen.
- 4 Das Fachkräfteprogramm wird durch das EU-geförderte Projekt »Entrechtung als Lebenserfahrung« der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten koordiniert, siehe: www.stiftung-ng.de/de/projekte/entrechtung-als-lebenserfahrung/transnationales-fortbildungsprogramm.html.
- 5 Gulag ist die Abkürzung für »Glawnoje Uprawlenije Lagerei«, auf Deutsch »Hauptverwaltung Lager«. Im weiteren Sinne wird »Gulag« auch als Begriff für das gesamte sowjetische Straflagersystem gebraucht. Der Gulag als Lagersystem war zunächst ein Terrorinstrument; zugleich entfaltete er aber als Wirtschaftsfaktor eine starke Eigendynamik. Siehe: Knigge/Scherbakova (Hg.), Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929–1956, Weimar 2012, S. 28/150.
- 6 ITK ist die Abkürzung für »Ispravitelno-Trudowaja Koloniya«, auf Deutsch »Besserungsarbeitskolonie«.
- 7 Beispielsweise war im ITK-6 eine Frau aus der Permer Region zu mehr als 20 Jahren Lagerhaft verurteilt worden, weil sie regelmäßig für ihr Baby heimlich eine Flasche Milch von der Kolchose mitgenommen hatte. Vgl. gulaghistory.org/exhibits/perm/; Zugriff am 15. 10. 2014.
- 8 Vgl. Abzalova, The Memorial Center for the History of Political Repression »Perm-36«, www.bideo.info/buesa/imagenes/seminario_rusia.pdf; Zugriff am 15. 10. 2014.
- 9 Vgl. Knigge/Scherbakova, Gulag, S. 74.
- 10 NKWD: Volkskommissariat (ab 1946 Ministerium) für innere Angelegenheiten. MGB: Volkskommissariat (ab 1946 Ministerium) für Staatssicherheit. Vgl. Knigge/Scherbakova, Gulag, S. 152.
- 11 Vgl. gulaghistory.org/exhibits/perm/ und www.gedenkmuster.uni-jena.de/; Zugriff jeweils am 17. 10. 2014.
- 12 Siehe: gulaghistory.org/exhibits/perm/; Zugriff am 17. 10. 2014.
- 13 Der Begriff bezeichnet die illegale Vervielfältigung und Verbreitung von Texten in der UdSSR, die dort nicht erscheinen durften. Knigge/Scherbakova, Gulag, S. 152.
- 14 Ein heute noch lebender ehemaliger Insasse von »Perm-36« ist der Menschenrechtsaktivist und Politiker Sergej Kowaljow (geb. 1930). Er war im Samisdat aktiv und Mitglied der sowjetischen Sektion von Amnesty International. Kowaljow setzte sich gemeinsam mit Andrej Sacharow für die Einhaltung der Menschenrechte in der UdSSR ein. 1974 wurde er verhaftet und 1975 wegen »antisowjetischer Aktivitäten und Propaganda« zu sieben Jahren Arbeitslager und anschließender dreijähriger Verbannung verurteilt. Vgl. www.d-k-g.de/kowaljow.html; Zugriff am 16. 10. 2014.

- 15 Ein weiterer prominenter Häftling war der ukrainische Dichter und Publizist Wassyl Stus (geb. 1938). Er war einer der engagiertesten Vertreter der ukrainischen Dissidentenbewegung und wurde zu insgesamt 23 Jahren Straflager und Verbannung verurteilt. 1985 starb er an den Folgen der Haft in »Perm-36«. Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Wassyl_Stus und <http://www.zeit.de/1985/38/weder-recht-noch-gnade>; Zugriff jeweils am 19. 10. 2014.
- 16 Vgl. Putz/Huhn, *Der Gulag im russischen Gedächtnis*, Bremen 2010, S. 11.
- 17 Diese wird im Text als »NGO »Perm-36« bezeichnet.
- 18 Unter dem Titel »Gedenkmuster. Sowjetische Verbrechen – Russische Erinnerung« unternahm eine Gruppe Studierender 2009 unter Leitung des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte der Universität Jena und in Kooperation mit der Gedenkstätte Buchenwald eine Seminarreise nach Perm. Siehe dazu: www.gedenkmuster.uni-jena.de/; Zugriff am 10. 10. 2014.
- 19 Ebenfalls 2009 fand das Forschungsprojekt »Der Gulag im russischen Gedächtnis. Spurensuche in der Region Perm« für Studierende und Nachwuchswissenschaftler statt. Dabei handelte es sich um eine Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit »Perm-36«. Ergebnisse des Projekts können hier nachgelesen werden: www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/ap_sonderheft_gulag_2010.pdf; Zugriff am 15. 10. 2014.
- 20 Online-Ausgabe Neue Zürcher Zeitung 8. 8. 2014, »Russland verstaatlicht Gulag-Museum. Die Stunde der Stalinisten«: www.nzz.ch/international/die-stunde-der-stalinisten-1.18354823; Zugriff am 2. 10. 2014.
- 21 Ebd.
- 22 Diesen Betrag nannte die ehem. Direktorin Tatiana Kursina am 21. Juli 2014 während eines Gesprächs in Perm mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des transnationalen Fachkräfteprogramms.
- 23 Stepan Bandera (1909–1959) war ein prominenter ukrainischer Nationalist und Partisan, siehe: de.wikipedia.org/wiki/Stepan_Bandera; Zugriff am 28. 10. 2014.
- 24 Beitrag von NTW auf youtube: www.youtube.com/watch?v=Nr8BVUGTguY; Zugriff am 20. 10. 2014.
- 25 Text der Online-Petition: www.change.org/p/pr%C3%A4sident-der-russischen-f%C3%B6deration-gouverneur-der-region-perm-die-russische-gedenkst%C3%A4tte-f%C3%BCr-die-opfer-des-gulags-und-f%C3%BCr-die-geschichte-politischer-repressionen-perm-36-muss-erhalten-und-unabh%C3%A4ngig-bleiben; Zugriff am 28. 10. 2014.
- 26 Siehe die russischsprachige offizielle Website des Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten: www.president-sovet.ru/events/6471/; Zugriff am 30. 10. 2014.
- 27 Juli-Newsletter der Berliner NGO »Deutsch-Russischer Austausch«, in dem die Kontrolle erwähnt wurde: www.austausch.org/index.php?id=30&monat=211#artikel2; Zugriff am 17. 10. 2014.
- 28 September-Newsletter der Berliner NGO »Deutsch-Russischer Austausch«: www.austausch.org/newsletter.html#artikel12; Zugriff am 18. 10. 2014.
- 29 Exemplarisch sei auf den Artikel »Pervertiertes Gedenken an den Gulag. Bühne frei für Ex-Kerkermeister« in der Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 30. 7. 2014 verwiesen: www.sueddeutsche.de/kultur/pervertiertes-gedenken-an-den-gulag-buehne-frei-fuer-ex-kerkermeister-1.2068047; Zugriff am 22. 10. 2014.
- 30 Siehe: www.change.org/p/pr%C3%A4sident-der-russischen-f%C3%B6deration-gouverneur-der-region-perm-die-russische-gedenkst%C3%A4tte-f%C3%BCr-die-opfer-des-gulags-und-f%C3%BCr-die-geschichte-politischer-repressionen-perm-36-muss-erhalten-und-unabh%C3%A4ngig-bleiben; Zugriff am 28. 10. 2014.
- 31 Siehe die Meldung auf der russischsprachigen Webseite der Nachrichtenagentur ITAR-TASS am 14. 10. 2014: itar-tass.com/obschestvo/1507131; Zugriff am 30. 10. 2014.
- 32 Auf nicht-staatlicher Seite gehören dem Beirat der Vorsitzende der »NGO »Perm-36« Viktor Schmyrow, die ehemalige Gedenkstättenleiterin Tatiana Kursina und der frühere politische Gefangene und heutige Vorsitzende von MEMORIAL Moskau, Arseni Roginski, an.

Die Vermittlung des Themas Täterschaft an KZ-Gedenkstätten

ERFAHRUNGEN UND MODELLE, TEIL 2

Ines Brachmann

Im ersten Teil dieses Artikels (GedenkstättenRundbrief Nr. 175) wurde die Geschichte der Täterforschung skizziert sowie auf die möglichen Ziele, Methoden und Problemfelder bei der Beschäftigung mit dem Thema Täterschaft an Gedenkstätten eingegangen. Auch das pädagogische Konzept der Gedenkstätte Mauthausen wurde kurz beschrieben: Es setzt auf Interaktion, auf die Einbindung und Ermächtigung der Besucher und Besucherinnen, die dadurch zu einer eigenständigen Auseinandersetzung mit der Geschichte, aber auch den gesellschaftlichen Mythen und ihren eigenen Narrativen bezüglich Nationalsozialismus und Holocaust angeregt werden sollen. Der nun folgende Teil widmet sich den Grundlagen und Herausforderungen in der Vermittlungsarbeit sowie konkreten Modellen unter dem Fokus des Themas Täterschaft.

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Die praktische Vermittlungsarbeit an Gedenkstätten bewegt sich im Spannungsfeld zahlreicher konkret wirksamer Einflüsse, Erwartungen und Einschränkungen. Diese sollen zunächst allgemein beleuchtet werden, bevor darauf eingegangen wird, inwiefern sich bei dem spezifischen Thema der Täterschaft eine Zuspitzung ergibt.

Die meisten Gruppen, und damit auch Schulklassen, buchen für den Besuch der KZ-Gedenkstätte Mauthausen nach wie vor den zweistündigen Rundgang. Dies stellt die Vermittler und Vermittlerinnen vor besondere Herausforderungen, da in dieser knappen Zeit nicht nur der Ort besichtigt und die Geschichte des Ortes besprochen werden, sondern trotz der zeitlichen Einschränkung die Interaktion im Vordergrund stehen soll.¹ Auf einem großen Gelände wie der Gedenkstätte Mauthausen mit 28 Hektar kann selbst während eines halben Tages und erst recht in zwei Stunden immer nur eine beschränkte Anzahl von Orten aufgesucht werden. Dazu kommt, dass es bestimmte Orte gibt, die die Gruppen auf jeden Fall sehen möchten wie die Gaskammer, die Krematorien und auch die Baracken. Auch die Gehzeiten müssen berücksichtigt werden. Diese können zwar z.B. für Murmelgruppen genutzt werden, jedoch brauchen gerade Jugendliche auch Ruhephasen während eines Rundgangs, sodass von den zwei Stunden realistisch höchstens anderthalb Stunden für aktive Vermittlungsarbeit zur Verfügung stehen. Durch die neue Ausstellung »Tatort Mauthausen – eine Spurensuche«, die dem Kellerbereich mit den Krematoriumsöfen und der früheren Gaskammer vorgelagert ist, müssen für diesen Bereich insgesamt etwa 20 Minuten eingeplant werden, was für die restlichen Stationen nur etwas mehr als eine Stunde übrig lässt.

Neben der knappen Zeit gibt es noch weitere Einschränkungen: Die Vermittler und Vermittlerinnen sehen die Gruppen zu Beginn des Rundgangs das erste Mal und haben auch erst dann die Möglichkeit, Informationen über den Wissensstand der Schüler und Schülerinnen zu erhalten, sei es durch Aussagen der begleitenden Lehrpersonen oder durch ein kurzes indirektes Abrufen mittels offener Fragen bei der ersten Station. Die unterschiedlichen Interessen und Wissensstände auch innerhalb einer Gruppe

ebenso wie die unterschiedlichen Narrative und Geschichtsbilder bilden eine zusätzliche Herausforderung.

Eine unbekannte Gruppe heißt auch eine unbekannte Gruppendynamik: für die Vermittler und Vermittlerinnen ist es während eines Rundgangs nicht leicht zu durchschauen, warum manche Interaktionen so ablaufen, wie sie ablaufen, da sie die Beziehungen der Jugendlichen untereinander sowie zwischen der Lehrperson und der Gruppe nicht kennen. Auch die Erwartungen der begleitenden Lehrer und Lehrerinnen spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie haben teilweise klare Vorstellungen, wie der Rundgang ablaufen soll, und fordern deren Verwirklichung ein, auch wenn weder die Gruppe noch der Vermittler oder die Vermittlerin die gleichen Bedürfnisse haben. Es besteht häufig gewissermaßen eine Kluft zwischen einem gedenkstättenpädagogischen Konsens und den gesellschaftlichen Erwartungen, in diesem Fall von den Lehrpersonen repräsentiert, die nach wie vor eine gewisse Betroffenheit als Ziel des Besuchs ansehen.²

Verstärkte Wirkung der Parameter bei der Behandlung des Themas Täterschaft

Bezüglich der Vermittlung des konkreten Themas Täterschaft spielen neben der begrenzten Zeit auch die fehlenden Möglichkeiten zur Vor- und Nachbereitung eine große Rolle. Beides führt zu einer Einschränkung bei der Auswahl von Materialien. Nicht nur die leichte Verständlichkeit muss ein Ziel sein, auch sollten Texte, Bilder etc. vermieden werden, die leicht zur Bekräftigung von Mythen beitragen können – eine ausführliche Quellenkritik ist aus Zeitgründen nicht möglich, was die Verwendung von Quellen der Täterseite erschwert und in vielen Fällen unmöglich macht. Leider kommt es immer noch (und nicht nur in extremen Einzelfällen) vor, dass Schulklassen ohne Vorwissen die Gedenkstätte Mauthausen besuchen, was die Vermittlungsarbeit deutlich erschwert. Damit ist weniger das genaue Faktenwissen gemeint als vielmehr die Fähigkeit, die Geschichte der Konzentrationslager in Beziehung zu setzen zur Politik und Ideologie des Nationalsozialismus: In einem zweistündigen Rundgang erst erklären zu müssen, wer Adolf Hitler war, was »SS« bedeutet, was genau die nationalsozialistische Ideologie ausmachte, und welchen Einfluss diese Ideologie in der Organisation der SS hatte, macht eine genauere Auseinandersetzung mit dem Thema Täter und Täterinnen über Fakten hinaus beinahe unmöglich, oder erschwert sie doch zumindest ungemein.

Ein weiterer äußerer Faktor ist die oben schon erwähnte begrenzte Anzahl von Stationen im Rundgang allgemein und damit verbunden auch der Stationen, an denen das Thema Täterschaft thematisiert werden kann. Das Gelände des früheren Konzentrationslagers Mauthausen ist ein früherer Tatort, ergo auch ein Ort der Täter und Täterinnen. Es gibt daher überall thematische Verbindungen und auch eine Reihe von Orten, die direkte Anknüpfungspunkte bieten wie z.B. die frühere Kommandantur. Es stellt sich jedoch die Frage, wie viele Stationen des Rundgangs diesem Thema gewidmet sein können, dürfen und sollen. Die Beschäftigung mit den Opfern darf nicht zu kurz kommen: Zum einen ist das Gedenken an die Opfer eine zentrale Funktion jeder Gedenkstätte, zum anderen ist die Multiperspektivität eine wichtige Grundlage der pädagogischen Arbeit, die verhindern helfen kann, die Täter und Täterinnen als Opfer der Umstände zu sehen.

Neben den äußeren Rahmenbedingungen spielen auch ganz themenspezifische Faktoren eine Rolle. Es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass selbst 14-jährige Jugendliche,



in deren Klasse die Themen Nationalsozialismus und Holocaust im Unterricht nicht behandelt wurden, quasi als »unbeschriebenes Blatt«³ an die Gedenkstätte Mauthausen kommen – sie haben vielmehr meist auch schon Filme gesehen, Bücher gelesen, sind im Internet auf etwas gestoßen; eventuell wurde auch in der Familie explizit darüber gesprochen. Auch die gesellschaftlichen Diskurse bekommen Jugendliche sehr wohl mit, wenn vielleicht auch indirekt über in den Familien oder der Schule geäußerte oder vermittelte Meinungen. Die Tatsache, dass Besucher und Besucherinnen Menschen sind, »die aktiv mit ihnen begegnenden Wirklichkeiten umgehen und die mit vorgängigem Wissen und bereits geprägten Vorstellungsbildern in die Gedenkstätten kommen, sodass die vordringlichste Aufgabe nicht darin besteht, ihnen alles noch einmal zu erzählen«⁴, hat gerade bei dem Thema Täterschaft eine große Bedeutung. Die gesellschaftlichen Diskurse spiegeln sich in den Narrativen, die von Besuchern und Besucherinnen im Rahmen eines Rundgangs geäußert werden. Diese müssen, soll der pädagogische Anspruch umgesetzt werden, auch ernst genommen, thematisiert und bei unzutreffenden Narrativen im besten Falle dekonstruiert werden.

Die Frage der Narrative soll anhand zweier in der Arbeit an der Gedenkstätte besonders häufig auftauchenden Narrative beispielhaft erläutert werden. Es geht um vereinfachende Erklärungsmuster, die Jugendliche als Antwort auf die Frage »Wie war es möglich, dass Menschen anderen Menschen so etwas antun?« anführen. Die erste mögliche Erklärung besteht in der Einordnung der SS-Männer als sadistische Monster, die Spaß an Grausamkeiten und Gewalt haben; es erfolgt also eine klare Verurteilung unter Verweis auf die pathologische Persönlichkeit der Täter. Dieses Narrativ ist allgemein bekannt und dient der Auslagerung des »Bösen«, der Distanzierung von der eigenen Person: Die Menschen, die das gemacht haben, waren Monster, ergo sind wir als »normale« Menschen nicht zu so etwas in der Lage. Eine Distanzierung von den Tätern und Täterinnen ist in psychischer Hinsicht eine gesunde Reaktion. Das Ziel sollte auch keinesfalls sein, den Jugendlichen durch eine anthropologisierende Darstellung zu vermitteln, dass alle Menschen und damit auch sie genauso sind wie die SS-Männer, was zu einer Identifikation führen könnte. Dennoch ist das Narrativ der sadistischen

Das frühere Kommandanturgebäude oberhalb des Garagenhofs der SS. Foto: Ines Brachmann

Bestien im Hinblick auf die mögliche Selbstreflexion bzw. kritische Hinterfragung der heutigen Gesellschaft hinderlich.

Das zweite Narrativ ist das der Angst. Viele Jugendliche äußern, dass die SS-Männer an den Verbrechen teilnehmen mussten, da sie in der Angst gelebt hätten, bei Nichtbefolgung der Befehle bzw. bei nicht-gruppenkonformem Verhalten selbst erschossen zu werden. Es handelt sich hierbei um eine Entschuldigungs- oder zumindest Rechtfertigungstheorie. In Bezug auf die Wehrmacht ist auch dieses Erklärungsmuster wohlbekannt und zur Genüge diskutiert worden. Woher kommt jedoch der Hang zu einem In-Schutz-Nehmen der SS-Männer? Eine mögliche Erklärung wäre schlicht fehlendes historisches Wissen, was Unterschiede zwischen SS und Wehrmacht betrifft, also ein Ausweiten des Erklärungsmusters von der Wehrmacht auf die SS. Denkbar wäre auch eine Übernahme eines Narrativs bezüglich des größten Teils der damaligen Zivilbevölkerung, das in der heutigen Gesellschaft akzeptiert und verbreitet ist: Die Bevölkerung konnte nie und nirgends in irgendeiner Weise gegen den Nationalsozialismus eintreten, da sie Angst haben musste, sonst selbst in ein Konzentrationslager zu kommen. Ebenso könnte es eine Verbindung geben zu der Tendenz, den damaligen ›Häftlingen‹ implizit eine Mitschuld zuzuweisen (»Wieso sind sie nicht geflohen?«)⁵, die auch durch so bedenkliche Filme wie »Der Junge im gestreiften Pyjama« weiteren Auftrieb erhält. Damit werden die Rollen von Tätern und Täterinnen und Opfern quasi vertauscht: Die Opfer sind selbst schuld, weil sie nicht geflohen sind, und die Täter und Täterinnen konnten nicht anders handeln aus Angst vor dem allgegenwärtigen Terror. Im Hinblick auf die Geschichte zeigt sich auch ein Fortbestehen des Diskurses aus der Nachkriegszeit, der aus der Selbstdarstellung der Täter und Täterinnen als angeblich hilflos den Zwängen ausgelieferte Befehlsempfänger hervorging. Denkt man dieses Narrativ zu Ende gab es im Prinzip überhaupt keine überzeugten und selbstbestimmten Täter und Täterinnen – alle, selbst die SS, waren im Endeffekt dagegen, oder doch zumindest nicht dafür und haben nur aus Angst gehandelt, was offensichtlich zu entschuldigen ist.

Beachtenswert ist, dass diese beiden doch sehr gegensätzlichen Narrative, die SS als brutale Sadisten bzw. als in Angst und Zwang gefangene Befehlsempfänger, teilweise von denselben Personen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Rahmen des Rundgangs geäußert werden, abhängig von der Frage bzw. den historischen Rahmenbedingungen, Texten oder Fotos, die gerade diskutiert werden. Und ebenso bemerkenswert ist es, dass dies exakt die beiden Narrative sind, die bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgekommen und – offensichtlich von allen Richtungswechseln in der Forschung unberührt – immer noch weit verbreitet sind.⁶ Dies verdeutlicht die enorme Wirkung des gesellschaftlichen Diskurses auf die praktische Arbeit an Gedenkstätten ebenso wie die Relevanz des Konzeptes, die Besucher und Besucherinnen aktiv in den Rundgang mit einzubeziehen um eben solche Vorstellungen zu thematisieren und zu hinterfragen. Dafür ist »die Möglichkeit offenen Erfahrungsaustausches und uneingeschränkter Debatte«⁷ nötig, wofür das Vermittlungskonzept in Mauthausen günstige Voraussetzungen schafft.

Herausforderungen in der konkreten Arbeit

Paul/Mallmann halten für die wissenschaftliche Behandlung des Themas Täterschaft fest, dass eine akteurszentrierte Gesellschaftsgeschichte bezüglich Tätern und Täterinnen einerseits nach Erklärungen suchen muss, ohne Verständnis zu wecken, anderer-



Blick von der Kommandantur über einen Teil des Denkmalparks in die Umgebung.
Foto: Ines Brachmann



Gruppe vor dem französischen Denkmal am Ort der früheren SS-Kantine und des Kinos.
Foto: Ines Brachmann

seits auch Dämonisierungen vermeiden und die Täter und Täterinnen als Menschen sichtbar machen soll.⁸ Dies hat auch für die Praxis Relevanz. Der Umgang mit den vorhandenen Narrativen zum Nationalsozialismus und Holocaust allgemein und zu den Tätern und Täterinnen im Besonderen ist dabei nicht unkompliziert: Bei dem Versuch, eines der oben genannten Narrative aufzubrechen oder zu hinterfragen, geschieht es leicht, dass das Gespräch in die jeweils andere Richtung abgleitet.

Die Systematik und die Alltäglichkeit der Gewalttaten werden von den Jugendlichen oft ebenfalls nicht erkannt, bzw. sie scheinen in ihren Augen eher einen spontanen Charakter zu haben und das Narrativ der sadistischen Monster zu stützen. Gelingt es, das zu dekonstruieren, wird jedoch die Gewalt häufig immer noch nicht als systematisches Terrorinstrument erkannt, sondern durch die vermeintliche Tatsache, dass »es immer alle gemacht haben«, anerkannt, dass die einzelnen SS-Männer gar nicht mehr anders handeln konnten. Diese Denkmuster aufzubrechen, den systematischen Einsatz der Gewalt aufzuzeigen und gleichzeitig die Willkür nicht zu verschweigen, gestaltet sich schwierig. Das Problemfeld einer möglichen Faszination für die Täter und Täterinnen äußert sich auch in konkreten Situationen während eines Rundgangs, in dem von vielen Jugendlichen die SS als »stark« und mächtig, die Häftlinge dagegen als »schwach« und wehrlos empfunden werden.⁹ In der Praxis sind es häufig männliche Jugendliche, die mit Unverständnis darauf reagieren, dass so viele Häftlinge sich nicht gemeinsam gegen die SS gewehrt haben, nicht geflohen sind. Inwieweit es sich dabei um eine Verunsicherung aufgrund der fehlenden »Männlichkeit« der Häftlinge handelt, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Es wäre jedoch möglich, dass der Widerspruch zwischen den in den Köpfen der Schüler und Schülerinnen existierenden Bildern (sowohl im Sinne der physischen Erscheinung als auch bezüglich des Verhaltens) von Häftlingen und dem, was damals und auch heute noch als »männlich« gilt, eine Verunsicherung und damit Widerstand gegen oder zumindest Unverständnis für das Bild des (männlichen) schwachen und hilflosen Häftlings hervorruft.

Das Ziel einer Erweiterung des Täterbegriffs ist leichter formuliert als verwirklicht. Für die Besucher und Besucherinnen sind »Täter« die SS-Männer, die direkt an der Ermordung von Menschen beteiligt waren. Nicht nur die Abstufungen der (Mit-) Täterschaft bezüglich Profiteuren, Denunzianten, Bystandern etc. sind ihnen oft nicht bewusst, teilweise gelten auch Verwaltungsangehörige der SS für sie nicht als Täter, und es wird ihnen manchmal sogar Unwissen über die tatsächlichen Vorgänge im Lager zugutegehalten. Ein paralleles Narrativ betrifft die Zivilbevölkerung der direkten Umgebung: entweder wussten die Menschen von nichts, oder sie wussten es zwar, konnten aber nichts tun, aus Angst, selbst ins KZ zu kommen. Interessant ist auch hier, dass die sich gegenseitig widersprechenden Narrative während desselben Rundgangs zur Sprache kommen können, ohne als Widerspruch empfunden zu werden. Zwar lässt sich auch dieser Widerspruch einfach aufzeigen und thematisieren, aber das heißt noch nicht, dass eine eventuell erfolgende Erkenntnis auch im restlichen Rundgang schon aktiv vorhanden ist: Fakten, die dem Vorwissen zu sehr widersprechen, können auch einfach überhört oder ausgeblendet werden.

Wenn unzureichend oder gar nicht vorbereitete Gruppen an die Gedenkstätte kommen, die nicht wissen, dass es die SS gab bzw. um was für eine Organisation es sich gehandelt hat, müssen zumindest die grundlegenden Fakten vermittelt werden, bevor über



moralische Fragen diskutiert werden kann. Auch die schwierige Quellenlage bezüglich der SS, vor allem, was die »einfachen« SS-Wachmannschaften angeht, bietet nur einen begrenzten Pool an Materialien, unter denen nicht immer ein für jede Gruppe geeignetes Bild, Foto oder Zitat dabei ist.¹⁰ Aber auch der schwierige Umgang mit den teils sehr widersprüchlichen Vorstellungen, die die Besucher und Besucherinnen an die Gedenkstätte mitbringen, die mögliche Faszination hinsichtlich der Täter und Täterinnen sowie die Schwierigkeit, neues, während des Rundgangs erworbenes Wissen präsent zu halten, machen die Behandlung des Themas an einer KZ-Gedenkstätte zu einer Herausforderung.

Symbole eines KZ für viele Besucher und Besucherinnen: Wachturm, Mauer und Stacheldraht.
Foto: Nina Aichberger

Methodische Ansätze und konkrete Modelle

Das Thema Täterschaft ist einer von drei zentralen inhaltlichen Bereichen der Vermittlungsarbeit an der Gedenkstätte Mauthausen: im Außenbereich werden zunächst die Themen Zivilbevölkerung und Täter besprochen, im Bereich des früheren Schutzhaftlagers dann die Perspektive der Opfer.¹¹ Es gibt eine Reihe von Modellen, die bereits in der Arbeit mit Gruppen angewandt und positiv erfahren werden. Häufig wird dabei ein Foto mit einem Text kombiniert. Ein Foto kann SS-Offiziere aus dem Konzentrationslager Mauthausen im Bereich der SS-Baracken lachend und untergehakt zeigen, SS-Wachmannschaften beim Kartenspielen in einer Mannschaftsunterkunft,¹² oder auch den Lagerkommandanten Franz Ziereis, der auf der Mauer oberhalb des Garagenhofs der SS für den Fotografen posiert.

Als Quellentexte können Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht des Verwaltungsführers¹³ herangezogen werden, wenn Zeit und Wissensstand der Gruppe eine rasche Quellenkritik erlauben auch Propagandatexte der SS, oder Berichte einer/s Überlebenden. Ergänzend zum Foto des Lagerkommandanten Franz Ziereis können zum Beispiel zwei Zitate von Wilhelm Staršek verwendet werden, in denen er den Lagerkommandanten aus seiner Perspektive als dessen »persönlicher Diener« beschreibt.¹⁴ Häufig werfen schon die Fotos viele Fragen nach den Personen, deren Hintergrund und Motivation auf. Durch die Kombination mit einem Text können weitere Elemente in die Arbeit

hineingetragen werden wie z.B. die NS-Ideologie bei einem Propagandatext oder die Multiperspektivität durch das Einbringen der Häftlingsperspektive. Ein wichtiges Element ist das Sichtbarmachen von Personen, sei es durch die Fotos mit Namensnennung oder durch das Einbinden von biografischen Elementen, die zeigen, »dass die jeweilige Person ein Leben vor und nach der Tat geführt hat«¹⁵ und Entscheidungen getroffen hat, die ihn oder sie zu der Tätigkeit im Konzentrationslager und damit seinen oder ihren Taten geführt haben.

Wird die aus der Gruppe gestellte Frage nach den Handlungsmotiven der SS-Männer zurückgespielt, klingen in den Antworten häufig die oben schon ausführlich erläuterten Narrative an. Gerade das Narrativ der Angst kann relativ einfach durch eine gezielte Rückfrage aufgegriffen werden, indem nachgefragt wird, vor wem denn die SS-Männer Angst hatten. Aus der Erfahrung in der Vermittlungsarbeit folgt meist eine von zwei Antworten: Wird die Angst mit anderen SS-Männern begründet (»vor den ganzen anderen«), so ist damit im Grunde schon klar, dass es, wenn überhaupt, nur einzelne SS-Männer gewesen sein können, die aus Angst den Dienst nicht verweigert haben. Die Mehrheit wird von diesem Narrativ ausgenommen, nur sind sich die Jugendlichen dessen, so paradox das erscheinen mag, nicht bewusst. Wird die Angst mit den üblichen, wenigen Führungspersönlichkeiten (Hitler, Himmler, etc.) begründet, kann gefragt werden, wie in der Praxis eine Handvoll Männer Hunderttausende von Menschen die ganze Zeit überwachen und kontrollieren konnten. Wichtig ist hier, klar zu sagen, dass die Schüler und Schülerinnen die eine dieser Thesen äußern meist ehrlich zu versuchen scheinen, Gründe für das Verhalten der SS-Männer zu finden. Daher ist es in vielen Fällen gar nicht nötig, den Jugendlichen Fakten zur Zusammensetzung der SS etc. zu liefern. Vielmehr sind simple Nach- bzw. Rückfragen wie die oben angeführten sehr hilfreich und führen meist zu der Erkenntnis, dass diese Antworten zu kurz greifen.

Um das Bild der in der Abgeschiedenheit eines Konzentrationslagers mordenden SS-Männer als alleinige Verantwortliche für die Verbrechen zu dekonstruieren, ist es wichtig, den Täterbegriff über die SS hinaus auszuweiten. Gerade die Mittäter und Mittäterinnen, Profiteure und Profiteurinnen, wie z.B. Firmen, die bei der Errichtung von Konzentrationslagern verdient haben, bieten Möglichkeiten den Begriff der Täterschaft zu differenzieren. Auch die Thematisierung der Zivilbevölkerung ist elementar: ohne die Mittäterschaft, die Unterstützung und Beteiligung oder auch das Wegsehen weiter Teile der Bevölkerung wären die Verbrechen des Nationalsozialismus in dieser Art nicht möglich gewesen. Um diese Mitverantwortung zu verhandeln ist es zunächst nötig, den Mythos der in Angst erstarrten Bevölkerung, die in ihrem Verhalten keinerlei Wahl hatte, zu brechen. Im Folgenden wird daher ein Modell¹⁶ für eine Station auf dem Rundgang vorgestellt, das Entscheidungs- und Handlungsspielräume anhand der Kontrastierung von negativen mit positiven Beispielen aufzeigt, eine Betrachtungsweise vermeidet, die die Täter und Täterinnen und ihr Handeln isoliert von der Gesellschaft behandelt sowie der Einengung des Täterbegriffs auf die SS entgegenwirkt.

Es gibt ein Ereignis in der Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, bei dem die unterschiedlichen Perspektiven und Gruppen von Beteiligten wie sonst nur selten direkt miteinander in Bezug getreten sind: die sogenannte »Mühlviertler Hasenjagd«¹⁷. Nach einer Massenflucht im Februar 1945 von überwiegend sowjetischen sogenannten K-Häftlingen aus dem Block 20 wurden diese von der SS verfolgt – unter



Mitwirkung der Gendarmerie, des Volkssturms, der Hitlerjugend bis hin zur Zivilbevölkerung des Mühlviertels, der das Konzentrationslager umgebenden Region. Anhand dieses Ereignisses kann das ganze Panorama von Tätern und Täterinnen, Opfern und Zuschauern und Zuschauerinnen mit verschiedenen Handlungsweisen eröffnet und eine multiperspektivische Betrachtung erreicht werden.

Bereich des früheren
Block 20.
Foto: Ines Brachmann

Die Station zur sogenannten »Mühlviertler Hasenjagd« beruht dabei auf der Gegenüberstellung von zwei entgegengesetzten Handlungsweisen. Nach einer kurzen Einführung in die Vorgeschichte der Flucht und die Geschehnisse bei der Flucht selbst, wie dem Versuch der völlig ausgehungerten Flüchtenden, sich bei der Bevölkerung mit Essen und Kleidung zu versorgen, werden den Jugendlichen zwei Zitate von Bewohnerinnen des Mühlviertels ausgeteilt, die sie in Kleingruppen von zwei bis drei Schülern und Schülerinnen durchlesen. Diese Zitate bestehen aus einer Schilderung bestimmter Ereignisse der sogenannten »Hasenjagd« aus Sicht der damals Involvierten, was die persönliche Perspektive hervortreten lässt und die Akteure als Menschen sichtbar macht.

Zitat 1: Aus einem Interview mit der 1911 geborenen Schwester des Schlossbesitzers Martin Mayr, Schloss Grünau, Ried i.d. Riedmark, 1994:

»Und die Ausländer haben gesagt: »Braucht's euch nicht fürchten! Ich weiß es nicht. [Pause] Wir haben es doch gemeldet, dass [K-Häftlinge] da sind, sind die SS gekommen, haben durchsucht, nichts gefunden, sind sie wieder gegangen. Wir haben sie [die K-Häftlinge] ja gesehen, die sind durch den Heustock so durch gekrochen und beim Fenster haben sie herausgeschaut [...] Na, oft, weil wir noch einmal gemeldet haben, dass doch wer da ist, jetzt haben sie in der Schmiede so Spieße, so lange, machen lassen, und mit den Spießern haben sie das Heu durchgestochen, und so haben sie sie herausgetrieben.«¹⁸

Zitat 2: Der Wohnsitz der Familie Mascherbauer befand sich einige Kilometer nordöstlich vom KZ Mauthausen, genau an der Fluchtroute der meisten K-Häftlinge. Aus einem Gespräch Peter Kammerstätters mit Theresa Mascherbauer 1973, Schwertberg:

»Wie er zum Dörrhäusl kommt, sehe ich, daß er ein Sträflingsgewand an hat. Er ist herzugekommen, ausgesehen ganz verschreckt (ängstlich), eine gefrorene Rübe hat er unter dem Arm gehabt. Er hat gebeten um Zünder. Wir haben ihm gesagt, er soll warten, wir geben ihm etwas zum Essen. Er ist aber dann gleich wieder weg. Ich habe in einem Körbl Essen zusammen getan und wir sind der Spur in den Wald nachgegangen. Dort ist er unter einem kleinen Nadelbaum gekniet, dort hat er einen Fetzen gehabt, den er aufgelegt hat, wo wir ihm das Essen daraufgelegt haben und sind gleich wieder weg. Wir haben ja aufpassen müssen.«¹⁹

In beiden Zitaten gibt es nicht nur einen, sondern jeweils zwei Momente der Entscheidung. So entscheiden sich die Personen aus Zitat 1 für eine zweite Meldung der Anwesenheit von geflohenen Häftlingen auf ihrem Hof an die SS, die Personen aus Zitat 2 dagegen entscheiden sich zweimal für den Versuch einer Hilfe für einen Geflüchteten, wobei die zweite Entscheidung durch das Nachgehen in den Wald sogar noch mehr Engagement erforderte.

Durch diese Wiederholung wird auch deutlich, dass die jeweilige Person eine bewusste Entscheidung getroffen hat, dass eine konkrete Absicht dahinter stand. Die Gründe werden darüber zwar noch lange nicht sichtbar, aber das kann und soll an dieser Station auch nicht das primäre Ziel sein. Durch die Gegenüberstellung der beiden gewählten Handlungsweisen wird vielmehr deutlich, dass es Entscheidungs- und Handlungsspielräume gab; dass es, wie es eine Schülerin bei der Umsetzung dieser Station bezeichnete, »von den Menschen abhängt, was sie machen«. Dadurch wird auch die häufig verbreitete Rollenzuschreibung untergraben, die die Rollen der Zuschauer und Zuschauerinnen, Täter und Täterinnen und Opfer als von vorneherein festgelegt ansieht und es wird aufgezeigt, dass sich die Rollen innerhalb kurzer Zeit ändern konnten: Zuschauer und Zuschauerinnen wurden aufgrund individueller Entscheidungen zu Helfern und Helferinnen oder (Mit-) Tätern und (Mit-) Täterinnen.²⁰

Auch für die Thematisierung des bereits in der direkten Nachkriegszeit entstandenen Mythos, dass es aufgrund eines allumfassenden Terrors keine Handlungsspielräume nach innen gegeben habe, bietet sich ein Anknüpfungspunkt: In Zitat Nr. 2 wird sehr wohl die Vorsicht thematisiert, die aus der Angst heraus entsteht, für das Helfen bestraft zu werden. Dennoch gibt es auch hier nicht nur einmal, sondern zweimal die Entscheidung zur Hilfe. Darüber kann gezeigt werden, dass es immer noch Handlungsspielräume gab: nicht viele, aber manche Menschen haben es geschafft, die Angst zu überwinden und Hilfe zu leisten.

Durch das erste Zitat wird außerdem deutlich, dass es nicht nur die SS war, die für die Ermordung der geflohenen Häftlinge verantwortlich war: Die Bevölkerung hatte einen erheblichen Anteil an dem damaligen Geschehen. Die SS agierte nicht in einem luftleeren Raum bzw. die Konzentrationslager existierten nicht abgekapselt von der sie umgebenden Gesellschaft – und das nicht nur in Bezug auf Lebensmittel, Dienstleistungen und Ausnutzung der Arbeitskraft der Häftlinge, sondern auch ganz direkt bezüglich der Ermordung von Menschen. Auch das oftmals geäußerte Unverständnis der Besucher und Besucherinnen, dass die Häftlinge sich nicht zusammengetan haben und geflohen sind, kann hier thematisiert werden: die Überwindung der Begrenzungen des Konzentrationslagers war für die allermeisten Häftlinge, denen die Flucht aus dem Lager gelang, nicht gleichbedeutend mit dem Erlangen der Freiheit. Die nationalso-



Gruppe im Bereich des früheren Block 20.
Foto: Paul Schwediauer

zialistische Gesellschaft, die dieses System trug und die Konzentrationslager umgab, machte ein Überleben für geflohene Häftlinge schwer bis unmöglich und trug in erheblichem Maß zur Zwangslage der Häftlinge bei.

Durch das Gegenüberstellen eines positiven und eines negativen Beispiels wird das Risiko verringert, dass durch ausschließliche Negativbeispiele eine Abwehrreaktion bei den Jugendlichen einsetzt. Durch das positive Beispiel gibt es sozusagen einen Lichtblick, an dem sie sich, sollten sie das Bedürfnis dazu verspüren, orientieren können. Dennoch ist auch der Hinweis für die Gruppe wichtig, dass die in den beiden Zitaten dargestellten Verhaltensweisen nicht proportional auf die damalige Bevölkerung übertragen werden können: nicht die Hälfte der Bevölkerung, sondern nur sehr wenige Personen haben sich zu irgendeiner Art der Hilfeleistung entschlossen. Nur für acht von ca. 430 geflohenen Häftlingen lässt sich mit Sicherheit belegen, dass sie überlebt haben; das Schicksal einiger weiterer ist ungewiss.

Die verwendeten Zitate konzentrieren sich nur auf den konkreten Moment des Handelns. Die Handelnden selbst werden daher noch lange nicht mit ihrer Geschichte, ihren Einstellungen und ihren Motiven, die sie zu der jeweiligen Entscheidung bewegt haben, sichtbar, und die Frage nach den Motiven kann somit nicht geklärt werden. Dennoch kann schon alleine das Aufkommen der Frage, ein Bemühen der Schüler und Schülerinnen, sich damit auseinanderzusetzen, als Erfolg bewertet werden.

Beim klassischen Rundgang steht die Station der »Mühlviertler Hasenjagd« erst am Ende desselben. Die Wiederaufnahme des Themas Zivilbevölkerung an diesem Punkt kann helfen, das im früheren SS-Bereich und im Innenbereich des früheren Schutzhaftlagers Gehörte noch einmal unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und eventuell auch neu einzuordnen. Gerade bei Gruppen, bei denen während des Rundgangs Unverständnis für die Tatsache geäußert wurde, dass die Häftlinge nicht versucht haben zu fliehen, sich nicht zusammen gegen die SS zur Wehr gesetzt haben, kann die Geschichte der »Mühlviertler Hasenjagd« die Erkenntnis fördern, dass die Bevölkerung zur damaligen Zeit zur Zwangslage der Häftlinge beigetragen hat und die Überwindung des Lagerzauns eben noch nicht gleichbedeutend war mit Freiheit und Rettung.



Blick über den früheren
Garagenhof der SS
in die Umgebung.
Foto: Ines Brachmann

Produktive Offenheit

Die Miteinbeziehung des Themas Täterschaft in die Vermittlungsarbeit an KZ-Gedenkstätten auch während eines relativ kurzen Rundgangs ist eine notwendige Weiterentwicklung der Gedenkstättenpädagogik. Offenheit in der Gestaltung ist dabei ein wichtiges Element, um in der Gruppe vorhandene Narrative und Meinungen thematisieren zu können und dem pädagogischen Anspruch eines ergebnisoffenen Prozesses gerecht werden zu können. Das Aufwerfen von grundlegenden Fragen zu Menschheit und Gesellschaft, die offenbleiben, mag verstörend sein, aber die Komplexität des Themas verbietet geradezu die Verabreichung von sauberlich verpackten moralischen Lehren²¹. »Der Verlust der Eindeutigkeit ist der Preis für eine Offenheit, die produktives Potenzial hat.«²²

Auf die schwierige Frage, wie es möglich war, dass Menschen inmitten einer Zivilgesellschaft von anderen Menschen ermordet werden, gibt es viele mögliche (Teil-) Antworten, die doch so gut wie nie ausreichend erscheinen. Auf diese Frage in einem Rundgang mit einer bezüglich der Narrative eventuell sehr heterogenen Gruppe eine (zufriedenstellende) Antwort zu finden, ist wohl kaum möglich. Es ist vielmehr schon dann viel erreicht, wenn Schüler und Schülerinnen aus einem zweistündigen Rundgang mit einem ehrlichen Interesse an dieser Frage nach Hause gehen.

Ines Brachmann ist als Vermittlerin an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen tätig. Sie hat den Lehrgang »Pädagogik an Gedenkstättenorten« absolviert und beschäftigt sich, auch im Rahmen des EU-Projektes Developing Education at Memorial Sites (www.edums.eu), mit dem Thema Täterschaft.

- 1 Vgl. Lapid, Yariv/Christian Angerer/Maria Ecker: »Was hat es mit mir zu tun?« Das Vermittlungskonzept an der Gedenkstätte Mauthausen. 2011, S. 7. Online verfügbar unter www.mauthausen-memorial.at/index_open.php?cbereich=11&cthema=50075&ctarticle=929&nl=47&nlp=6337 (zuletzt aufgerufen am 31. 1. 2014).
- 2 So ist es beinahe ein Klischee, dass ein großer Teil der Lehrer und Lehrerinnen ein für die Vermittlungssituation ungeeignetes Wetter, sei es Regen, Schnee und Kälte, oder auch starke Hitze im Sommer begrüßt, weil sich die Schüler und Schülerinnen dann »viel besser vorstellen können«, was die Häftlinge erleiden mussten. Abgesehen von der beinahe anmaßenden Idee, heutige Besucher und Besucherinnen könnten wirklich eine Vorstellung davon bekommen, wie es KZ-Häftlingen ging, sollte eigentlich klar sein, dass jede Art von Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens wie z.B. Frieren dem Lernprozess sicher nicht förderlich ist.
- 3 Aussage einer Lehrerin über ihre Klasse gegenüber der Autorin.
- 4 Giesecke, Dana/Harald Welzer: Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur. Hamburg 2012, S. 74.
- 5 Vgl. zu dem Phänomen »Blaming the victim« Abram, Ido: Erziehung und humane Orientierung. In: Abram, Ido/Matthias Heyl: Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule. Reinbek bei Hamburg 1996, S. 11–60, hier S. 39.
- 6 Interessanterweise beschreibt Paul Salmons eben diese beiden Erklärungsmuster als typisch auch bei englischen Schulklassen; die Narrative beschränken sich also nicht auf Deutschland und Österreich. Vgl. Salmons, Paul: Universal Meaning or Historical Understanding? The Holocaust in History and History in the Curriculum. In: Teaching History 141 (Dezember 2010), S. 57–63, hier S. 60.
- 7 Knigge, Volkhard: Statt eines Nachworts: Abschied der Erinnerung. Anmerkungen zum notwendigen Wandel der Gedenkkultur in Deutschland. In: Knigge, Volkhard/Norbert Frei (Hgg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. München 2002, S. 423–440, hier S. 433.
- 8 Vgl. Paul, Gerhard/Klaus-Michael Mallmann: Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung. In: Mallmann, Klaus-Michael/Gerhard Paul: Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien. Darmstadt 2004, S. 1–32, hier S. 22f.
- 9 Spontane Äußerung eines Jugendlichen während eines Rundgangs in der Nähe der Kommandantur oberhalb des Garagenhofs gegenüber der Autorin: »Ich wäre damals bei der SS gewesen und hätte dann hier oben gestanden und da so runter geschaut, mit einem Gewehr in der Hand.«
- 10 Sollen die verwendeten Materialien das Kriterium der Multiperspektivität erfüllen, stehen von vorneherein nur wenige zur Verfügung, was offensichtlich nicht nur an der Gedenkstätte Mauthausen der Fall ist, vgl. Jelitzki, Jana/Mirko Wetzel: Über Täter und Täterinnen sprechen. Nationalsozialistische Täterschaft in der pädagogischen Arbeit von KZ-Gedenkstätten. Berlin 2010, S. 183.
- 11 Vgl. dazu und zu einer beispielhaften Abfolge eines Rundgangs: The Tour at Mauthausen Memorial. In: Brachmann, Ines/Yariv Lapid/Wolfgang Schmutz: Developing Education at Memorial Sites. 2014. S. 72–75, hier S. 72. Online verfügbar unter www.edums.eu/images/publication/publication_edums_mauthausen.PDF (zuletzt aufgerufen am 9. 11. 2014).
- 12 Vgl. Schwedjauer, Paul/Lukas Strasser: Stations on Perpetratorship. In: Brachmann, Ines/Yariv Lapid/Wolfgang Schmutz: Developing Education at Memorial Sites. 2014. S. 78f. Online verfügbar unter www.edums.eu/images/publication/publication_edums_mauthausen.PDF (zuletzt aufgerufen am 9. 11. 2014).
- 13 Vgl. Perz, Bertrand: Verwaltete Gewalt. Der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsführers im Konzentrationslager Mauthausen 1941 bis 1944. Wien 2013.
- 14 Vgl. die Aussagen von Wilhelm Staršek in dem Film »Rückkehr unerwünscht. Konzentrationslager Mauthausen«, 23:14–23:29 oder 24:12–24:41. Online verfügbar unter www.mauthausen-memorial.at/db/admin/de/showvideodetail256.php?cvideo=16 (zuletzt aufgerufen am 31. 1. 2014).
- 15 Vgl. Jelitzki/Wetzel 2010, S. 258.
- 16 Ein Teil dieser Station wurde im Rahmen des EU-Projekts Developing Education at Memorial Sites (www.edums.eu) entwickelt; für die wichtigen Anregungen bedanke ich mich bei allen Beteiligten.
- 17 Vgl. zur Geschichte der »Mühlviertler Hasenjagd« das Werk von Matthias Kaltenbrunner: Flucht aus dem Todesblock. Der Massenausbruch sowjetischer Offiziere aus dem Block 20 des KZ Mauthausen und die »Mühlviertler Hasenjagd«. Hintergründe, Folgen, Aufarbeitung. Innsbruck 2012; zur Problematik des Begriffs »Mühlviertler Hasenjagd« vgl. dort S. 11.
- 18 Zitiert nach Kaltenbrunner 2012, S. 150.
- 19 Zitiert nach ebd., S. 158f.
- 20 Vgl. Giesecke/Welzer 2012, S. 8.
- 21 Vgl. Salmons 2010, S. 63.
- 22 Angerer, Christian: Die Gedenkstätte Mauthausen. Geschichte und Gegenwart. In: Bastel, Heribert/Brigitte Halbmayr (Hgg.): Mauthausen im Unterricht. Ein Gedenkstättenbesuch und seine vielfältigen Herausforderungen. Wien 2014, S. 47–61, hier S. 54.